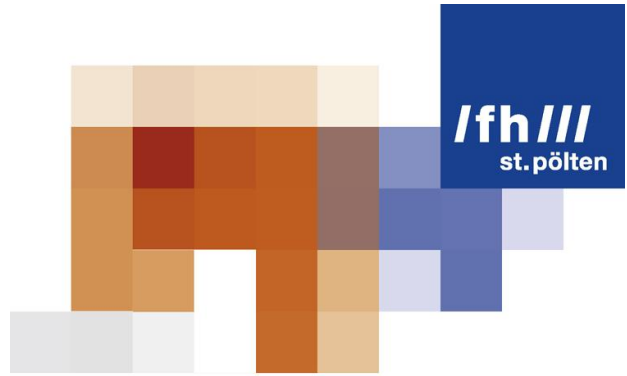






Diplomarbeit

## **Terra incognita – Gemeinwesenarbeit im ländlichen Raum**

Ein Aktionsplan für das Leiblachtal

eingereicht zur Erlangung des Grades

Magister(FH) für sozialwissenschaftliche Berufe

an der Fachhochschule St. Pölten

im März 2010

Erstbegutachter

Prof. Dr. Wolfgang Hinte

Zweitbegutachterin

FH-Prof.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Manuela Brandstetter, DSA<sup>in</sup>

vorgelegt von

Thomas Klaus Winzek, DSA

## **Abstract**

**Thomas Klaus Winzek**

### **Terra incognita – Gemeinwesenarbeit im ländlichen Raum**

Entwicklung eines Aktionsplans für das Leiblachtal

Diplomarbeit, eingereicht an der Fachhochschule St. Pölten im März 2010

Die vorliegende Arbeit beschreibt und bewertet die aktuelle Diskussion der Gemeinwesenarbeit, mit besonderem Fokus auf ländliche Regionen. Die theoretischen Diskussionen werden in Bezug zum Leiblachtal gesetzt und ein Aktionsplan entworfen, der den in der Region lebenden Menschen die Möglichkeit bieten soll ihre Lebensbedingungen in ihren sozialen Räumen zu verbessern.

Arbeitstypus: Literaturarbeit / Quellenstudie

---

### **Terra incognita – Gemeinwesenarbeit (community work) in rural regions**

Development of an action plan for the Leiblachtal

This paper describes and evaluates the current discussion of community work with special attention to rural regions. The theoretical discussion is then related to Leiblachtal and an action plan is designed that should provide an opportunity for the people living in this region to improve the living conditions in their social spaces.

Work type: Literary Work / Study Source

## **Dank**

gilt

Prof. Dr. Hinte und FH-Prof.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Manuela Brandstetter, DSA<sup>in</sup> durch deren persönliche Anregungen und wissenschaftliche Arbeiten ich viel über Gemeinwesenarbeit lernen durfte,

Dr. Anton Rohrmoser, Dr. Martin Geser, Mag. Martin Hebenstreit, Christoph Stoik, DSA, und Renate Schnee, DSA, die mir freundlicherweise für vorliegende Diplomarbeit als Gesprächspartner zur Verfügung gestanden sind

und schließlich meiner Lebenspartnerin, Karin und meinen Eltern, die mir (nicht nur) in der Zeit des Schreibens mit Rat und Tat motivierend zur Seite gestanden sind.

# Inhalt

|                                                                                 |           |
|---------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>INHALT .....</b>                                                             | <b>5</b>  |
| <b>1. EINLEITUNG .....</b>                                                      | <b>7</b>  |
| <b>2. GEMEINWESENARBEIT.....</b>                                                | <b>9</b>  |
| <b>2.1 Geschichtlicher Überblick .....</b>                                      | <b>9</b>  |
| <b>2.2 Definition und Grundhaltungen .....</b>                                  | <b>11</b> |
| 2.2.1 Definition Gemeinwesen .....                                              | 11        |
| 2.2.2 Definition und Grundhaltungen von Gemeinwesenarbeit .....                 | 12        |
| <b>2.3 Formen und Ansätze.....</b>                                              | <b>17</b> |
| 2.3.1 Formen von Gemeinwesenarbeit .....                                        | 17        |
| 2.3.2 Ansätze der Gemeinwesenarbeit .....                                       | 17        |
| <b>2.4 Rahmenbedingungen.....</b>                                               | <b>20</b> |
| <b>2.5 Methoden und Aktionsformen der Gemeinwesenarbeit .....</b>               | <b>21</b> |
| <b>3. DAS LEIBLACHTAL - LÄNDLICHER RAUM .....</b>                               | <b>23</b> |
| <b>3.1 Ländlicher Raum versus städtischer Raum.....</b>                         | <b>23</b> |
| <b>3.2 Das Leiblachtal – der Aktionsraum des Sozialsprengel Leiblachtal....</b> | <b>28</b> |
| 3.2.1 Bevölkerung und Geografie.....                                            | 28        |
| 3.2.2 Wirtschaftsraum und Tourismusregion Leiblachtal.....                      | 33        |
| 3.2.3 Freizeit und Verkehr .....                                                | 34        |
| 3.2.3 Soziales, Gesundheit und Bildung.....                                     | 36        |

|                                                                                                                                |           |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>4. DIE ENTWICKLUNG EINES AKTIONSPANS .....</b>                                                                              | <b>44</b> |
| <b>4.1 Regional- und Potentialanalyse und Aufbau von Einstiegsprojekten .</b>                                                  | <b>49</b> |
| <b>4.2 Vernetzung regionaler Ideenträger &amp; Potentiale zu<br/>Aktivierungsplattformen.....</b>                              | <b>51</b> |
| <b>4.3 Aufbau von innovativen Modellprojekten .....</b>                                                                        | <b>55</b> |
| <b>4.4 Verbreiterung der Aktivierungsplattformen zu regionalen/kommunalen<br/>Entwicklungsplattformen und -programmen.....</b> | <b>59</b> |
| <b>5. RESÜMEE .....</b>                                                                                                        | <b>61</b> |
| <b>6. LITERATURVERZEICHNIS.....</b>                                                                                            | <b>63</b> |
| <b>7. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....</b>                                                                                           | <b>69</b> |
| <b>8. GLOSSAR .....</b>                                                                                                        | <b>70</b> |
| <b>9. ABBILDUNGSVERZEICHNIS .....</b>                                                                                          | <b>73</b> |
| <b>9. EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG .....</b>                                                                                      | <b>75</b> |

# 1. Einleitung

Gemeinwesenarbeit (kurz: GWA), sozialraumorientierte soziale Arbeit, Community Development, bürgerschaftliches Engagement – Begriffe, mit denen ich interessanterweise nicht während meiner Ausbildung zum Sozialarbeiter, sondern erst in meiner Arbeit als Geschäftsführer des Sozialsprengel Leiblachtal konfrontiert worden bin. Als Leiter einer Einrichtung, die in erster Linie soziale Dienstleistungen in einem eingeschränkten geografischen Raum anbietet, kam ich in den vergangenen Jahren mit Menschen in Kontakt, die sich mit der Thematik GWA auseinander gesetzt haben und auseinander setzen. Dies waren vornehmlich Einrichtungsleiter und Mitarbeiter ähnlicher Institutionen, Lehrkräfte der Fachhochschule Vorarlberg und benachbarter Bildungseinrichtungen. Schnell wuchs mein Interesse für das Thema und die Möglichkeiten, die gehörte Theorie in die Praxis umsetzen zu können.

Forschungsfrage vorliegender Arbeit ist: Welche besonderen Anforderungen werden an die GWA in ländlichen Strukturen gestellt und wie lassen sich diese in einem Aktionsplan für das Leiblachtal integrieren?

Ich habe die Arbeit in drei Hauptteile unterteilt: Im ersten Teil werde ich das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit näher beschreiben. Ich werde den geschichtlichen Hintergrund beleuchten, Theorien und Ansätze, Definitionen und Rahmenbedingungen der Gemeinwesenarbeit erklären und diskutieren.

Im zweiten Teil der Arbeit werde ich den ländlichen Raum und dessen Definition erörtern sowie den Aktionsraum Leiblachtal beschreiben.

Der letzte Teil bildet schließlich den Kernpunkt der Arbeit und führt die vorhergehenden Kapitel zusammen. Hier werde ich einen Aktionsplan entwerfen und diskutieren.

Nach der Fertigstellung dieser Arbeit soll oben erwähnter Aktionsplan für das Leiblachtal in der Praxis umgesetzt werden. Er soll es ermöglichen prozessorientiert und partizipativ – also gemeinsam mit den Menschen in Dörfern und/oder Dorfteilen - nachhaltige Verbesserungen ihrer Lebenssituationen zu erreichen, sofern sie dies als Notwendigkeit erachten und dies wollen.

Sofern nicht ausdrücklich anders vermerkt, meinen geschlechtsspezifische Bezeichnungen von Personen in meiner Diplomarbeit das jeweils andere Geschlecht stets mit.

## **2. Gemeinwesenarbeit**

Die Zugänge zur GWA sind heute so vielfältig wie die Geschichte der GWA selbst.

GWA definiert soziale Probleme im gesellschaftlichen Kontext. Das bedeutet, dass Probleme des Einzelnen immer im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Strukturen und Rahmenbedingungen stehen (Schnee/Stoik 1992: 6). Politische Diskurse, die geschichtliche Entwicklung in verschiedenen Kulturkreisen sowie unterschiedliche Auffassungen verschiedenster Berufsgruppen lassen in der Literatur mannigfache Begriffe und Konzepte von GWA aufscheinen.

### **2.1 Geschichtlicher Überblick**

Im deutschsprachigen Raum lassen sich Ansätze von GWA in den unterschiedlichsten Konzepten – beispielsweise des bürgerschaftlichen Engagements und des Empowerments – in der lokalen Agenda 21 bis hin zu Sozialraumbudgets finden. Scheinbar hat GWA in Österreich, Deutschland und der Schweiz eine lange Geschichte. Es ist eine Geschichte mit Unterbrechungen, Hindernissen und Strömungen aus verschiedensten Richtungen. Ich werde in Folge einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der GWA bieten:

Großbritannien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - die Industrialisierung und damit verbundene soziale Probleme für die proletarische Unterschicht setzten ein. Maurice und Toynbee beschäftigten sich mit „der sozialen Frage“, veranstalteten öffentliche Vorträge in Armenvierteln und appellierten an den Verzicht auf das freie Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte, welche für das Elend mitverantwortlich zu sein schienen. Es war Arnold Toynbee, der seine Ferien in den Armenvierteln Londons verbrachte. Doch die Idee, sich als Vertreter aus der Mittelschicht in den Armenvierteln niederzulassen wurde erst nach seinem Tod 1884 durchgeführt. Ziel war es, vor Ort, also dort, wo die Menschen lebten und arbeiteten, zu helfen und den Lebensraum der Betroffenen kennen zu lernen (Schley 2007: 3f.). Diese Settlement-Bewegung (niederlassen = engl. to settle) wurde rasch bekannt und die Idee breitete sich auch in den USA, Kanada und Deutschland aus. Auch dort wurden Settlements

errichtet. Unterschiedlichste Problemstellungen, gesellschaftliche Systeme und bürokratische Hindernisse liessen unterschiedliche Arbeitsansätze der Settlementbewegung in den Ländern entstehen. Anlässe dieser Entwicklung waren

- die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Demokratie oder demokratischer Strukturen. Die theoretisch mögliche Willensbildung und Mitgestaltung durch Bürger erfolgte nur wenig
- die autoritären und hierarchischen Formen der Verwaltung. Diese Strukturen boten nur wenig Möglichkeiten der Partizipation durch die Bevölkerung. Das heißt: die Probleme der Betroffenen konnten nur sehr beschwerlich durch deren Beteiligung gelöst werden
- die Akzeptanz und Etablierung von GWA als dritte Säule der Sozialarbeit neben Einzelfall- und Gruppenarbeit (Rohrmoser 2004: 9).

Die Settlement-Idee verbreitete sich rasch in Europa und in verschiedenen Großstädten Deutschlands entstanden sogenannte Nachbarschaftshäuser.

Diese und die nach dem ersten Weltkrieg neugegründeten Häuser wurden in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts von den Nationalsozialisten geschlossen. Erst im Jahre 1947 bauten englische und amerikanische Vertreter der Bewegung in Deutschland erneut Nachbarschaftshäuser auf. Grund hierfür war die Idee, so Not und Elend in den besetzten Regionen zu lindern. Ausserdem sollten sie „gleichzeitig der Erziehung zur Demokratie dienen“ (Nottrot 2004).

In Österreich ist vor allem ab den 70er Jahren GWA wirksam geworden. Vor allem in der ländlichen Entwicklungsarbeit, der eigenständigen Regionalentwicklung, der regionalen Bildungs- und Kulturarbeit, der Dorf- und Stadterneuerung, in sozialen Bereichen und im Rahmen von Erwachsenenbildungsorganisationen wurde GWA genutzt und weiterentwickelt. Vor allem in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich (im ländlichen Bereich) und Wien (in den sozialen Brennpunkten wie z.B. das Bassena – Stadtteilzentrum am

Schöpfwerk) wurde das Prinzip GWA genutzt. In den ländlichen Regionen waren es der rasche Strukturwandel, vermehrte Abwanderung und das Aufgeben vieler landwirtschaftlicher Betriebe, die Veränderungen benötigten (Rohrmoser 2004: 12).

Hauptsächlich auf Grund wirtschaftlicher Problemstellungen nutzen viele Betroffene GWA-Projekte, die beispielsweise von den Sozialakademien, politischen oder kirchennahen Organisationen initiiert wurden.

1980 formulierten Krauss, Boulet und Oelschlägel das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit. Weg von der dritten Säule der Sozialarbeit – hin zum Arbeitsprinzip, das eine zu entwickelnde, zu entfaltende Grundorientierung, Haltung, Sichtweise professionellen Handelns, eine grundsätzliche Herangehensweise an soziale Probleme, wo auch immer im Bereich sozialer Berufsarbeit im weitesten Sinne meint (Lüttringhaus 2007: 15ff.) – eine Definition, die übrigens später oft auf Kritik stoßen wird.

In den 80er Jahren hatte sich GWA als Methode der sozialen Arbeit in Deutschland und Österreich etabliert. GWA erlebte aber erst – zumindest in Österreich - in den letzten 10 Jahren wieder mehr an Bedeutung. GWA als „Unterrichtsgegenstand“ an Sozialakademien und heute an Fachhochschulen, das Entstehen vieler Organisationen, die dezidiert GWA anbieten und leisten, oder Organisationen, die sich die Methode GWA an ihre Fahnen heften, all das weist auf die wieder zunehmende Bedeutung hin.

Auch fanden vor ca. 25-30 Jahren gemeinwesenorientierte Arbeitsweisen in andere gesellschaftliche Bereiche, wie zum Beispiel in die Stadt- und Regionalplanung, in die Gesetzgebung (siehe Kapitel 1.2) oder in die Organisationen von Betrieben Einzug.

## ***2.2 Definition und Grundhaltungen***

### **2.2.1 Definition Gemeinwesen**

Gemeinwesen ist ein Sammelbegriff, der sämtliche gegenwärtigen und historischen Organisationsformen des menschlichen Zusammenlebens in allgemei-

ner, öffentlicher Gemeinschaft bezeichnet, die über den Familienverband hinausgehen. In der Gegenwart ist der Staat die beinahe ausschließliche existente Form des Gemeinwesens. Aber auch die Kommunen als seine elementaren Teilsysteme können als Gemeinwesen aufgefasst werden. Manchmal bestehen neben dem Staat und der bürgerlichen Gemeinde noch ältere Formen des Gemeinwesens fort und machen diesen ihren Exklusivitätsanspruch streitig, so zum Beispiel die Stammesgesellschaften der nordamerikanischen Indianer oder die in manchen Regionen Afrikas fortbestehenden traditionellen Königreiche. In der frühen Neuzeit kamen [...] auch die religiösen Organisationen (insbesondere die Kirchen), die einen wesentlichen Teil der jeweiligen Bevölkerung umfassten und von allgemeiner, öffentlicher Bedeutung waren, als Gemeinwesen in Frage (Wikipedia 2009).

Bischof definiert Gemeinwesen wie folgt: „Dreh- und Angelpunkt der Gemeinwesenarbeit ist das Gemeinwesen. Ein Gemeinwesen ist ein soziales System, ein Beziehungsgeflecht zwischen Menschen, Gruppen und Organisationen, die in einem umschriebenen Gebiet leben und/oder tätig sind. Zentrales Merkmal eines Gemeinwesens sind die sozialen Beziehungen, die die Menschen in diesem Raum miteinander pflegen. Die sozialen Beziehungen können sich auch in Gemeinwesen abspielen, die von gemeinsamen Interessen, Zusammenschluss gleicher Zielgruppen oder organisationellen Zuständigkeiten bestimmt sind“ (Eymann-Ruch, et al. 2009: 2)

Das Gemeinwesen wird in weiterer Folge somit als kleines geografisch geschlossenes Gebiet (Stadtteil, Dorf oder Dorfteil, Quartier, Siedlung) gesehen. Idealtypisch lässt sich das Gemeinwesen territorial (Nachbarschaft, Straße, Wohnblock, Stadtteil, Dorf, Gemeinde), kategorial (nach spezifischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Lebenssituation, Nationalität etc.) und funktional (nach Problemlagen) differenzieren [siehe Kapitel 2.2.1] (Friedrich 2006: 9ff).

### **2.2.2 Definition und Grundhaltungen von Gemeinwesenarbeit**

Unterschiedliche Grundhaltungen von Gemeinwesenarbeit erfordern meist unterschiedliche Rahmenbedingungen. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass Gemeinwesenarbeit Menschen befähigt, mit Hilfe von professionellen Fachkräften ihre Situation zu erkennen und zu benennen. Gesellschaftliche Zusammen-

hänge von Problemen, die scheinbar individuelle Ursachen haben, versucht die Gemeinwesenarbeit offenzulegen. Sie thematisiert jene Strukturen und Einflüsse, die das Leben von Menschen in einem Gemeinwesen negativ beeinflussen, um sie gemeinsam mit den Betroffenen lösungs- und ressourcenorientiert zu bearbeiten. Damit derart angelegte soziale Veränderungsprozesse mit dem Ziel der Steigerung der Lebensqualität für möglichst viele gelingen und nachhaltig wirksam sein können, gilt es einen achtsamen und wertschätzenden Umgang mit unterschiedlichen Lebensentwürfen zu wahren (Hebenstreit 2006: 4).

Stoik definiert Gemeinwesenarbeit als „Arbeitsansatz, der viele Methoden anwendet und integriert“ (Schnee, et al., 1992: 4). Bis zu Beginn der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde GWA als Methode der Sozialarbeit verstanden. Sie stand neben Einzelfall- und Gruppenarbeit. Im Jahr 1980 stellten Boulet, Kaus und Oelschlägel GWA als methodenübergreifendes und -integrierendes Arbeitsprinzip sozialer Berufstätigkeit vor. Elemente der GWA dehnten sich ab diesem Zeitpunkt in den Gesamtbereichen der Sozialen Arbeit aus - „nicht selten als ein die Tätigkeiten strukturierendes Prinzip“ (Cassanova, et al. 2001: 22).

Oelschlägel beschreibt GWA aber nicht nur als Arbeitsprinzip, sondern gleichzeitig als Arbeitsfeld. GWA als Arbeitsfeld sind „zu diesem Zwecke eingerichtete Institutionen, eingestellte Personen. Das sind die klassischen GWA-Projekte in Obdachlosenquartieren und Trabantenstädten [...] (Oelschlägel 2007: 115). Sozialer Raum und die strukturellen Bedingungen werden seither in der GWA fokussiert um die Handlungsfähigkeit von Betroffenen zu erhöhen.

Hinte beschreibt GWA wie folgt (Hinte 1989: 23):

|                                     |                                     |
|-------------------------------------|-------------------------------------|
| Gemeinwesenarbeit ist eine Methode, | = durchdachter Weg                  |
| die einen Komplex von Initiativen   |                                     |
| ausgelöst, durch die Bevölkerung    |                                     |
| einer räumlichen Einheit            | = Straße, Wohnsiedlung, Stadt, Land |
| gemeinsame Probleme erkennt,        |                                     |

alte Ohnmachtserfahrungen überwindet

und eigene Kräfte entwickelt

= Gemeinwesenarbeit als Instrument zur Aufdeckung von Interessensgegensätzen und Konflikten

um sich zu solidarisieren und Betroffenheit konstruktiv anzugehen.

Menschen lernen dabei, persönliche

Defizite aufzuarbeiten und individuelle

Stabilität zu entwickeln

= Änderung der Individuen (=Lernen)

und arbeiten gleichzeitig an der

Beseitigung akuter Notstände

(kurzfristig) und an der Beseitigung

von Ursachen von Benachteiligung

und Unterdrückung

= Änderung von Verhältnissen

Zusammengefasst kann also gesagt werden, dass das Arbeitsprinzip GWA innerhalb der sozialen Arbeit entstanden ist, interdisziplinäres Vorgehen verlangt, und die Menschen in ihren sozialräumlichen Bezügen sieht und behandelt. Soziale Probleme werden somit in historischer, gesellschaftlicher und schließlich räumlicher Dimension betrachtet und bearbeitet (s. Abbildung auf der nächsten Seite – Darstellung Wirkungsweise der GWA).

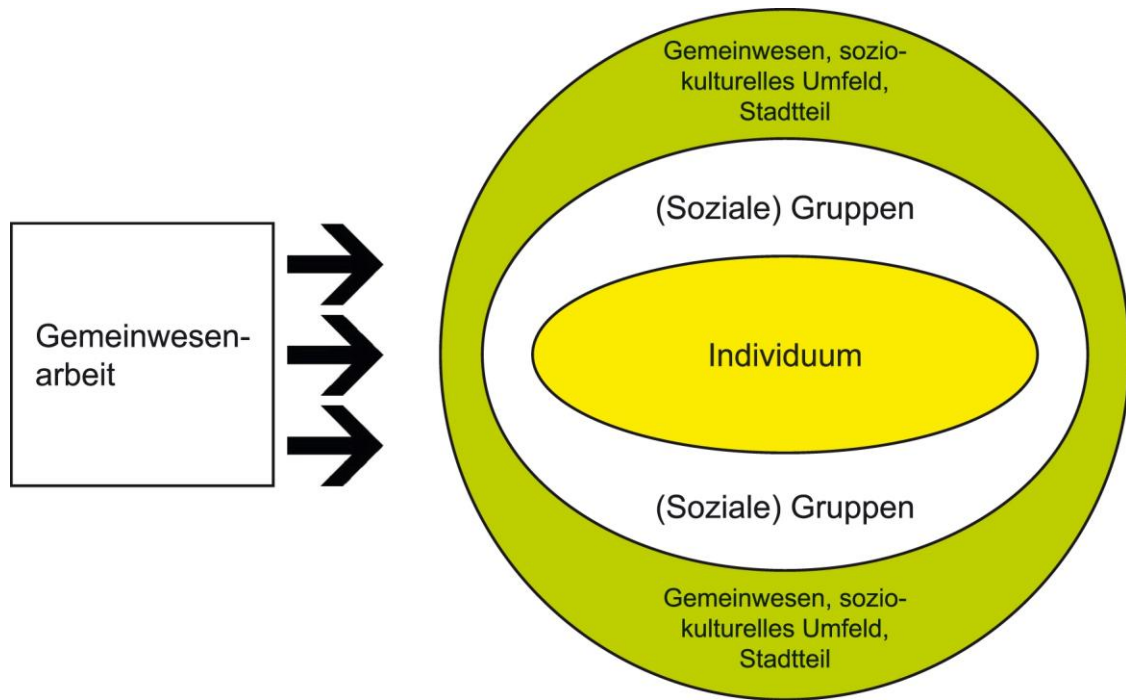


Abbildung 1: Wirkungsweise von Gemeinwesenarbeit (Galuske 2007: 102)

GWA im Stadtteil wird als stadtteilbezogene soziale Arbeit bezeichnet. Angesichts der Schwächen der GWA (terminologische Unschärfe, uneinheitliche Praxis, unzureichende Finanzierungen etc.) wurden Anfang der 80er Jahre stadtteilbezogene oder später sozialraumorientierte soziale Arbeit als Fachkonzepte entwickelt (vgl. Hinte, 2009: 16f). Fachkonzepte, die sich in der Tradition der GWA wieder finden. Diskussionslinien und Erkenntnisse aus der GWA wie Stärkung der Selbsthilfepotentiale, Aktivierung statt Betreuung, Orientierung an der Lebenswelt etc. wurden in diesem Ansatz aufgenommen. Aber auch „unter Bezug auf erziehungskritische [...] und feld- und gestalttheoretische Ansätze [...] wurde der soziale Raum als zentrale Bezugsgröße für an den Interessen der Wohnbevölkerung ansetzendes Handeln propagiert (Hinte 2009: 16f.).

Hinte und Karas fassen folgende methodischen Blickrichtungen und Prinzipien der stadtteilbezogenen sozialen Arbeit zusammen (Hinte, et al. 1989: 34-35):

- **Orientierung an der Wohnbevölkerung**

Die Interessen der Menschen – der Betroffenen – stehen im Mittelpunkt. GWA bzw. stadtteilorientierte soziale Arbeit versucht herauszufinden,

was die Menschen vor Ort für Interessen haben und wie stark die Bereitschaft ist etwas zu verändern.

- **Nutzung vorhandener Ressourcen**

In „möglichst hohem Maß“ werden vorhandene Ressourcen des Dorfes oder Stadtteils genutzt und vernetzt. So können persönliche Fähigkeiten von Menschen, die im Stadtteil leben genutzt und im Interesse von Bewohner vernetzt bzw. mit vorhandenen Dienstleistungen verknüpft werden.

- **Unterstützung von Selbsthilfekräften und Eigeninitiativen**

Hinte und Karas gehen davon aus, dass erst, wenn Selbsthilfepotentiale ausgeschöpft worden sind, betreuende und programmorientierte Angebote der Wohnbevölkerung vermittelt werden bzw. „politische Anwaltsarbeit“ geleistet wird.

- **Zielgruppenübergreifende Arbeit**

Nicht die Probleme eines/einer Einzelnen stehen im Vordergrund – auf das gesamte Gemeinwesen bzw. den gesamten Dorf-/Stadtteil wird Augenmerk gelegt. Beispielsweise sind „Gegenstand“ eines GWA-Projektes in einer Siedlung, in der Lärmbelästigung durch Jugendgruppen von erwachsenen Bewohnern formuliert worden ist, nicht ausschließlich die Jugendlichen. Gearbeitet wird mit allen Beteiligten – allen Betroffenen, um individuelle und kollektive Handlungsfähigkeiten zu erweitern und eine Verbesserung der Lebensbedingungen in der Siedlung zu erreichen.

- **Kooperation und Koordination**

Vernetzung und Zusammenarbeit gilt nicht nur für die Betroffenen vor Ort, sondern auch für involvierte (oder noch nicht involvierte) soziale Dienste und andere Organisationen. Ressortübergreifendes Handeln und (somit) auch die Zusammenarbeit mit kommunalen Dienststellen (Ver-

waltung, Planung) muss überdacht und gegebenenfalls vollzogen werden. Hinte und Karas sprechen von der Vernetzung „der lokalen Fachbasis“.

GWA – bzw. stadtteilbezogene soziale Arbeit fordert somit die Zusammenarbeit und Vernetzung mit allen im Gemeinwesen relevanten Akteuren. Nicht die individuelle, sondern die Arbeit im, mit und für das Gemeinwesen steht im Vordergrund.

## **2.3 Formen und Ansätze**

### **2.3.1 Formen von Gemeinwesenarbeit**

#### **Territoriale Gemeinwesenarbeit**

In der territorialen GWA wird das Arbeitsfeld als soziogeografischer Raum definiert (ein Stadtteil, eine Siedlung, eine Straße, ein Dorf) mitsamt den Interaktionen zwischen den Individuen, die dort anzutreffen sind. Ziel dieser GWA-Form ist das Herstellen von sozialen Netzwerken in diesen Gebieten und die Unterstützung der Betroffenen, ihre Wohn-, Lebens-, Freizeit- und Arbeitsverhältnisse eigeninitiativ und solidarisch zu verändern.

#### **Kategoriale Gemeinwesenarbeit**

Bei dieser Form ist die Zielgruppe eine Gruppe von Menschen mit spezifischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Nationalität, Lebenssituation. (Alleinerziehende Mütter, Migranten, Obdachlose,...)

#### **Funktionale Gemeinwesenarbeit**

Bei dieser Form wird ein geografischer Raum und die darin lebenden Menschen mit ihren gemeinsamen Problemsituationen definiert.

### **2.3.2 Ansätze der Gemeinwesenarbeit**

#### **a. Wohlfahrtsstaatliche Gemeinwesenarbeit**

Grundannahme: Die sozialen Dienstleistungsangebote der im Wohnviertel tätigen Institutionen sind nicht ausreichend oder wirksam genug.

Interventionsstrategien: Prüfung der Qualität der bestehenden Dienstleistungen und deren Wirkungsgrade.

Ziel: Sicherung oder Entwicklung von Dienstleistungsangeboten im Quartier.

Partizipation: Die Betroffenen dürfen mitentscheiden, wie sie versorgt werden wollen. Sozialhilfe wird durch GWA gesteuert – „wichtige“ Entscheidungen werden weiterhin von Wohlfahrtsverbänden getroffen.

## **b. Integrative Gemeinwesenarbeit**

Grundannahme: Der gesellschaftliche Rahmen ist „in Ordnung“, die Verteilung von Macht ist gerecht geregelt (nach M. G. Ross).

Interventionsstrategien: Keine Protest- oder Kampfmaßnahmen, sondern kooperative Taktiken, sachliche Kompromisse, vernünftige Gespräche. Integration und Verantwortlichkeit werden als Mittel angeführt um folgendes Ziel zu erreichen:

Ziel: Harmonische Anpassung verschiedener Interessen an ein abstraktes Gemeinwohl.

Partizipation: Hier wird Beteiligung an der Umsetzung von bereits getroffenen Entscheidungen gemeint. Hoher Konsens, wenig Widerstand.

## **c. Aggressive Gemeinwesenarbeit**

Grundannahme: Fundamentalkritik an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung (nach C. W. Müller 1971).

Die Betroffenen müssen animiert werden, solidarisch Widerstand zu leisten. Da sie selbst dazu nicht in der Lage sind, "hilft" ihnen die Gemeinwesenarbeit dabei.

Interventionsstrategien: zusätzlich zu kooperativen auch disruptive Taktiken (Organisation von Demonstrationen, Streiks und zivilem Ungehorsam).

Ziel: Kräfteverhältnisse und Machtstrukturen sollen durch solidarischen Zusammenschluss von Minderheiten verändert werden.

Mitte der siebziger Jahre verlor die Gemeinwesenarbeit zusehends ihr Selbstverständnis als politisches Interventions-Instrument. Das ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass die Machbarkeitsideologie an der Praxis scheiterte, auch an der Mobilisierungsmöglichkeit der Betroffenen.

#### **d. Katalytisch-aktivierende Gemeinwesenarbeit**

Hinte und Karas entwickeln Hausers/Seipels Ansatz der katalytisch-aktivierenden Gemeinwesenarbeit 1979 weiter. Betroffene Menschen sollen ihre Ohnmachtserfahrungen überwinden und eigene Kräfte entwickeln, Solidarität leben und somit gemeinsam Lösungswege entwickeln und umsetzen (Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft).

Grundannahme: Menschen sind in der Lage, sich selbst zu helfen.

Interventionen: Aktivierung statt Fürsorge; Strategien, die einen Komplex von Initiativen auslösen; Aufdeckung von Interessensgegensätzen und Konflikten; kleinräumiger Lebensweltbezug; Orientierung an den geäußerten Themen und Bedürfnissen der Betroffenen; Ressourcenorientierung im Gemeinwesen; Gruppenselbsthilfe initiieren; Vernetzung und Vermittlung im Gemeinwesen anbieten, Unterstützung zur Selbsthilfe..

Ziel: Nicht die Menschen "erziehen", sondern die Lebensbedingungen verändern (lassen).

Partizipation: soll in überschaubaren Bereichen stattfinden, mit relativ wenig Risiko, dafür kleinen Erfolgen und positiven Lernerfahrungen. Demokratische Kultur fördern.

Gegenwärtig entwickelt sich vielerorts GWA in Richtung "stadtteilbezogener sozialer Arbeit" bzw. "sozial-kultureller Arbeit". Nicht mehr eine (ideologische) Strategie bestimmt die Arbeit, sondern eine pragmatische Kombination verschiedener Handlungsweisen, welche die unterschiedlichen Lebenslagen der

verschiedenen Bewohnern eines Stadtteils ernst nimmt und bei der Alltagsbewältigung unterstützend tätig wird - zunehmend auch mit kulturellen Angeboten, die Anregungen zur Selbstentfaltung und Begegnung ermöglichen, ohne zu pädagogisieren.

Grundsätzlich herrscht seitens der Gemeinwesenarbeiter eine prinzipielle Akzeptanz des kapitalistischen und des neoliberalistischen Gesellschaftssystems. Besonders im deutschsprachigen Raum, wo es größtenteils eine flächendeckende öffentliche Finanzierung der Gemeinwesenarbeit gibt, wirkt Gemeinwesenarbeit nicht mehr als Reformmaßnahme, beziehungsweise ruft GWA keinen organisierten Protest hervor.

## **2.4 Rahmenbedingungen**

Um fachlich hochwertige und wirksame GWA zu betreiben, benötigt es grundlegende Voraussetzungen und Bedingungen:

Um aktive Teilhabe bei den Betroffenen zu fördern und zu sichern, muss Vertrauen aufgebaut werden. Dies geschieht durch Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und ausreichend zeitlichen Ressourcen. Diese Voraussetzungen sollen auch eine konstruktive Beteiligungsstruktur ermöglichen (Hofinger 2007: 52f.).

Weiters setzen partizipative Veränderungsprozesse die Offenheit von Verantwortungsträgern und/oder Politikern voraus. Die Unterstützung durch GWA muss ungebunden und die inhaltliche, methodische und budgetäre Autonomie gewährleistet sein (Hinte 2009).

Wichtiges Merkmal von GWA ist, dass sie sich zwischen verschiedenen Interessensparteien bewegt und sich daher in einem interessanten Spannungsfeld befindet (siehe Abbildung 2). GWA-Projekte werden, zumindest in Österreich, vornehmlich von Non-Profit-Organisationen durchgeführt. Diese wiederum werden von Kommunen, Ländern und Bund finanziert. GWA scheint hier zumindest in staatliche Instanzen eingebunden bzw. mandatiert. GWA erfordert daher Rollentransparenz und konzeptionelle Klarheit um Aushandlungsprozesse zwischen betroffener Bevölkerung und Vertretern der Politik und Verwaltung moderieren und begleiten zu können.

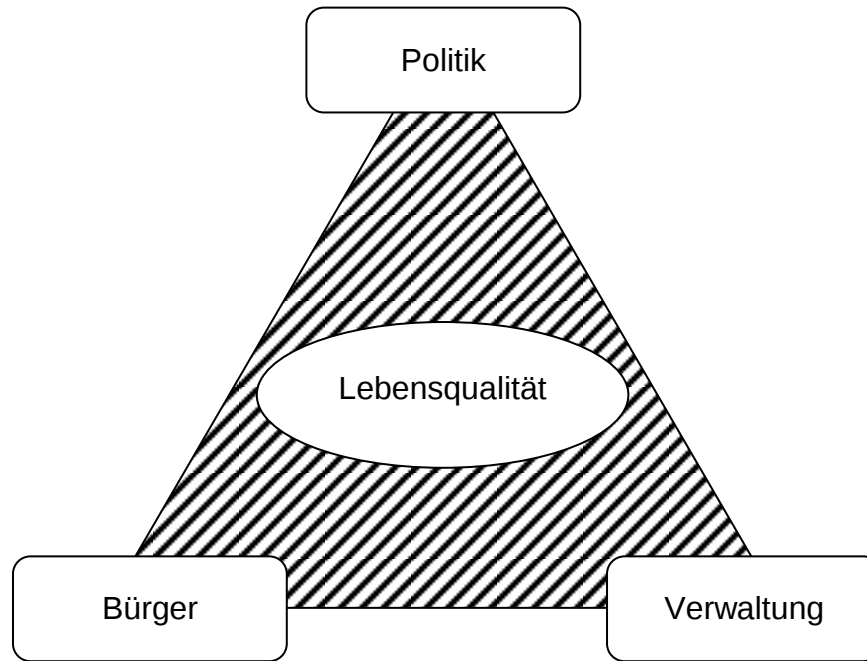


Abbildung 2: Gestaltungsdreieck der Gemeinwesenentwicklung nach Bernhard Weber (Weber 2003)

Letztlich erfordert GWA interdisziplinäre Zusammenarbeit und eine gefestigte Berufsidentität. Professionelle GWA benötigt daher ausgebildete Fachkräfte, die neben sozialen, auch kulturelle, politische und wirtschaftliche Systeme im Blickfeld ihrer Arbeit haben (Eymann-Ruch, et al. 2009: 5).

## ***2.5 Methoden und Aktionsformen der Gemeinwesenarbeit***

Wie bereits erwähnt, integriert das Arbeitsprinzip GWA verschiedenste Methoden und Aktionsformen die Bestandteile eines „soliden vorbereiteten und langfristig angelegten Prozesses bedürfen“ (Hinte, 2009: 27).

Beispiele hierfür sind Gemeinwesenbeobachtung, Experten- und Betroffeneninterviews, Aktivierung und Mobilisierung von Bürger (sofern diese noch nicht aktiv sind) mittels (aktivierender) Befragungen, Versammlungen, Inszenierungen im öffentlichen Raum oder Empowerment, Partizipation in Veränderungsprozessen, strategische Beratung, Abstimmung von bedürfnisgerechten sozialen Angeboten, Dialog- und Konfliktmanagement (Mediation) uvm. All das kann die Menschen in einem Gemeinwesen nachhaltig aktivieren, ermöglicht Problemthematisierung und Diskurs und eine „überindividuelle“ Sicht auf soziale Prob-

leme (Schnee, 2006/Mohrlock, et al. 1993). Die Beispiele zeigen aber auch, dass GWA somit in lebensweltlicher Nähe zum Quartier – somit dezentral agiert.

Neben Methoden der Einzelfall- und Gruppenarbeit, benötigt der Gemeinwesenarbeiter/Prozessbegleiter auch weitere Hilfsmittel, wie etwa Verfahren der Kontaktaufnahme und –pflege, Verfahren der Feldforschung (s. Kapitel 4), sowie Verfahren der Meinungsbildung innerhalb von Gruppen und Verfahren politischer Einflussnahme (Galuske 2007: 108f).

### **3. Das Leiblachtal - ländlicher Raum**

#### ***3.1 Ländlicher Raum versus städtischer Raum***

In diesem Kapitel werde ich untersuchen, was ländlichen Raum als Raum (Wirtschaftsraum, sozialer Raum, kultureller Raum etc.) ausmacht, welche Unterschiede es zwischen GWA in ländlichen und städtischen Gebieten gibt.

Geografisch gesehen ist Raum das primäre Medium und zentrale Modellierelement der Raumplanung (als Raumfunktionen und Raumnutzung einer wirtschaftlich-rechtlich geografischen Gebietseinheit), Landschaftsplanung und Stadtplanung (als Freiraum und bebauter Raum) an der Schnittstelle zwischen Geographie und Politik. Insbesondere in der Humangeographie wird geographischer auch sozialer Raum. Im Kontext der physischen Geographie und Ökologie ist geographischer Raum Naturraum (analog steht Region als beliebige Raumeinheit zu Landschaft als naturräumliche Einheit) (Wikipedia 2009).

Pantucek sieht den Raum als euklidischen Raum – also den „Raum unserer Anschauung“. Dies ist der Raum, der mit Körpern ausgestattet ist und dieselben strukturiert. In diesem Raum gibt es Orte und somit Distanzen, „Wege und Sichtbar- bzw. Unsichtbarkeiten im wörtlichen Sinne“. In diesem Raum kann man sich bewegen und Menschen situieren sich in diesem Raum mit Hilfe ihres Körpers und nehmen gleichzeitig Raum ein. Menschen bewohnen diese Räume und gestalten sie. Allerdings gibt es in diesem Raum auch „Dinge und Lebewesen, deren Präsenz keiner menschlichen Intention zugeordnet werden kann. Für sie wird gemeinhin der Begriff ‚Natur‘ verwendet, ihr wird Eigengesetzlichkeit zugestanden“ (Pantucek 2009: 41).

Eines ist klar: Im deutschsprachigen Raum gibt es keine einheitliche Definition von ländlichem Raum. Die Entwicklung des ländlichen Raums ist sehr unterschiedlich und abhängig von der Lage des Dorfes zum nächsten zentralen Ort (Suburbanisierung bzw. Peripherisierung).

Mögliche Ansätze zur Charakterisierung von ländlichem Raum finden sich in der Literatur genug. Diese beziehen sich meist auf demografische Faktoren,

sozioökonomische Faktoren und Siedlungsstrukturen (Stumberger 2009). Die Anwendung der Typisierung der OECD ist weit verbreitet. Dem Hauptindikator Bevölkerungsdichte folgend werden drei Typen unterschieden:

- städtisch (urban)
- überwiegend ländlich (rural)
- intermediär (semirural)

Eine Region gilt als überwiegend ländlich, wenn über 50% ihrer Einwohner in ländlichen Gemeinden und als intermediär, wenn zwischen 15 und 50% der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden leben. Nach der OECD-Definition zählen 93% des Hoheitsgebietes der EU-27<sup>1</sup> zum ländlichen Raum, in dem ca. 58% der EU-Bevölkerung lebt.

Österreich folgt im Gegenteil zur Schweiz dieser Typisierung. Demnach werden Wien und das Vorarlberger Rheintal als urbane Gebiete ausgewiesen. Dies ist für die vorliegende Arbeit nicht unerheblich, da man das Leiblachtal oder zumindest den südlichen Teil mit den Gemeinden Lochau und Hörbranz als „Fort-satz oder geografische Weiterführung“ des Rheintals bezeichnen könnte.

Das Land Baden Württemberg definiert und unterteilt ländlichen Raum folgendermaßen:

- Verdichtungsbereiche im ländlichen Raum: Stadt-Umland-Bereiche mit engen Verflechtungen und erheblichen Siedlungsverdichtungen, die jedoch nicht an Verdichtungsräume grenzen (Baden-Württemberg 2006).
- Ländlicher Raum (im engeren Sinn): Dünner besiedelte Gebiete mit zumeist deutlich unterdurchschnittlichen Dichtewerten in den Bereichen Bevölkerung, Wohnungen und Arbeitsplätzen. Die Gebiete verfügen in der Regel über einen

---

<sup>1</sup> EU-27 bezeichnet den aus 27 europäischen Staaten bestehenden Staatenverbund „Europäische Union“. Seine Bevölkerung umfasst derzeit rund 500 Millionen Einwohner.

hohen Anteil an Freiraum- bzw. Landwirtschaftsflächen und zum Teil infrastrukturellen Entwicklungsbedarf (ebd. 2006).

Bezogen auf das Leiblachtal kann als Verdichtungsbereich im ländlichen Raum durchaus Lochau und Hörbranz als Beispiele genannt und als intermediär bezeichnet werden. Die Berggemeinden Hohenweiler, Möggers und Eichenberg sind als ländliche Regionen bzw. ländliche Räume einzustufen. Hinweise hierfür finden sich in Kapitel 3.2.1.1.

Dies wird auch durch die Definition der österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) im letzten österreichischen Raumentwicklungskonzept untermauert. Ihr zur Folge ist ländlicher Raum

- vielfältig strukturiert und relativ eigenständig
- längst nicht mehr mit dem landwirtschaftlich genutzten Raum gleichzusetzen
- kein residualer Ergänzungsraum sondern Grundlage für die Lebensqualität des Gemeinwesens
- aufgespannt zwischen Stadtumland und Peripherie (ÖREK 2001)

weitere gibt es eine

- "Flächenverantwortung" für die Kulturlandschaften Österreichs - Ressourcentank für die Bevölkerung und
- verbindende Elemente, wie die geringere Bevölkerungsdichte, spezifische sozioökonomische Strukturen und soziale Lebensweisen, die sich generell - und noch immer - von jenen der städtischen Regionen unterscheiden (ÖREK 2001)

Die ÖROK beschreibt eine anhaltende Zuwanderung in die Stadtumlandgebiete (vor allem die Leiblachtaler Talgemeinden Lochau und Hörbranz können als solche gesehen werden). Die anhaltende Zuwanderung in die Stadtumlandgebiete ist unter anderem mit der subjektiven Einschätzung der Bevölkerung verbunden, dass dort die Bedürfnisse nach Wohn- und Umweltqualität besser befriedigt werden können.

Die Zunahme des Wohlstandes und der motorisierte Individualverkehr ermöglichen es der Bevölkerung, losgelöst von der Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel – bei deutlich höherem Flächenanspruch – zu siedeln. An die Stelle der vormals typischen Siedlungserweiterungen an den radialen Schienensträngen kommt es zu einer flächenhaften Ausdehnung der Städte in das Umland. Es scheint, dass für einen erheblichen Teil der Bevölkerung die Grenze der „zumutbaren“ Entfernung zu den Arbeitsorten, den Einkaufsorten sowie zu den höherrangigen Einrichtungen des Gesundheits- und Bildungswesens noch nicht erreicht ist beziehungsweise durch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur erweitert wird (ebd. 2001).

Die ländlichen Regionen sind vielfältig strukturiert und längst nicht mehr mit dem landwirtschaftlich genutzten Raum gleichzusetzen. Ländliche Regionen im Umland der großen Städte unterscheiden sich sehr deutlich von jenen in peripheren Lagen oder von ländlichen Regionen mit touristischer Nutzung. Verbindend sind jedoch die geringere Bevölkerungsdichte, spezifische sozioökonomische Strukturen und soziale Lebensweisen, die sich generell – und noch immer – von jenen der städtischen Regionen unterscheiden. Ländliche Regionen entfalten damit nicht nur für ihre eigene Bevölkerung, sondern für die gesamte Gesellschaft vielfältige Wirkungen, deren Gewährleistung Grundlage für die Lebensqualität des Gemeinwesens ist.

Ländliche Regionen stellen keinen vernachlässigbaren Ergänzungsraum dar, sondern sind ein eigenständiger und funktionell wesentlicher Bestandteil des Staates. Stärken sind weiterzuentwickeln; den Tendenzen, die zu einer Entleerung oder zunehmenden funktionellen Abhängigkeit der ländlichen Regionen führen, ist entgegenzuwirken (Raumordnungskonferenz 2002: 132).

Ländliche Bevölkerung wird in drei Gruppen unterteilt. Zum einen gibt es Bevölkerungsteile, die hauptsächlich und selbstständig in der Landwirtschaft tätig sind. Dies sind zumeist (so vornehmlich in den Leiblachtaler Dörfern Hohenweiler, Möggers und Eichenberg) Familienwirtschaften. Bei dieser Bevölkerungsgruppe spricht man von der „landwirtschaftlichen Bevölkerung“.

Mit der landverbundenen Bevölkerung bezeichnet man Landarbeiter und Bauern, die Landwirtschaft als Nebenerwerb betreiben. Zusätzliche Arbeitsplätze werden entweder im eigenen Dorf oder den nächst gelegenen Städten gefunden.

Die dritte und letzte Kategorie der ländlichen Bevölkerung ist die landbewohnende Bevölkerung. Hierbei handelt es sich um Menschen, die im Dorf wohnen, vornehmlich aber zur Arbeit auspendeln. Sie besitzen/mieten lediglich Wohnungen oder Häuser oder sie nutzen oder pflegen Gärten oder Grundstücke im Dorf (Stumberger 2009).

Wie unterscheidet sich nun auf Grund der angeführten Definitionen von ländlichem und städtischem Raum oder Regionen die soziale Arbeit? Was muss, speziell in der GWA besondere Berücksichtigung finden?

Pantucek sieht soziale Arbeit als wesensmäßig sozialraumbezogen und stellt fest, dass sie sich im ländlichen Raum nicht grundsätzlich von der Arbeit in städtischen Räumen unterscheidet. „Nicht grundsätzlich, das heißt aber auch, dass sie sich im Detail sehr wohl anderen Herausforderungen und Möglichkeiten gegenüberstellt“ (Pantucek 2009: 43).

Pantucek beschreibt Rahmenbedingungen bzw. Gegebenheiten, die im ländlichen Raum wie auch im städtischen Raum gleichermaßen zu finden sind. Dies sind

- die gesetzlichen Grundlagen
- das Funktionieren der Programme sozialer Unterstützung
- die familiären Dynamiken
- der logische Aufbau des Unterstützungsprozesses
- die Methodik, mit der an die Problemsituationen herangegangen wird (Pantucek 2009: 43).

Was zumindest die peripheren ländlichen Räume von städtischen Räumen unterscheidet, ist unter anderem

- die Nähe kommunaler Entscheidungsträger
- das Bestehen einer kleinräumig strukturierten, aber wenig differenzierten Zivilgesellschaft (keine Anschlussmöglichkeiten für Personen mit minoritären Lebensweisen)
- die schwere Erreichbarkeit spezialisierter Angebote
- intensivere soziale Kontrolle
- der Mangel an Ausweichmöglichkeiten für schlecht eingebundene und wenig mobile Personen (Pantucek 2009: 43).

„Stadtteilbezogene Soziale Arbeit bezieht sich – im Rahmen einer steuerungstechnisch vorgenommenen Konzentration auf einen institutionell definierten Sozialraum – auf die Verdichtungen der einzelnen von den Menschen definierten Sozialräume, die sich als Knoten von zahlreichen Einzelnetzen zeigen“ (Hinte 2005: ). Luef findet Unterschiede zur ländlichen Gemeinwesenarbeit und erläutert diese wie folgt: „Ländliche GWA weist andere Handlungsschwerpunkte auf und arbeitet nicht in einem verdichteten sondern verstreuten Sozialraum, wodurch sich andere Entwicklungschancen bieten [...]“ (Luef 2006: 3).

Diese Definitionen und Betrachtungsweisen sind für den folgenden Aktionsplan maßgeblich und werden in seiner Konzeption Beachtung finden.

## ***3.2 Das Leiblachtal – der Aktionsraum des Sozialsprengel***

### ***Leiblachtal***

Mit den folgenden Informationen über den Aktionsraum Leiblachtal möchte ich einen groben Überblick aus verschiedenen Blickrichtungen bieten. Eine Vielzahl der Fakten kann und wird im darauf folgenden Aktionsplan wesentliche Grundlagen oder zumindest Denkanstöße bieten. Detaillierter werde ich dann im letzten Teil auf den Verein Sozialsprengel Leiblachtal eingehen. Grund und Idee dafür ist, dass er eine zentrale Rolle in der Entwicklung und vor allem in der späteren möglichen Umsetzung des Aktionsplanes haben kann.

#### **3.2.1 Bevölkerung und Geografie**

Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung im Detail, so ist auffallend, dass in der Wanderungsbilanz die Berggemeinden Möggers und Eichenberg zwischen

den Jahren 1991 und 2001 starke Verluste hinnehmen mussten. So wanderten in Möggers 10,8% und in Eichenberg 7,9% der Bevölkerung ab. Dennoch entwickelte sich die gesamte Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden in Summe positiv auf Grund der gestiegenen Geburten. Im Gegensatz dazu entwickelte sich die Bevölkerungsentwicklung Lochaus; hier veränderte sie sich im gleichen Zeitraum in Bezug auf Geburten- und Wanderungsbilanz negativ (weniger Geburten, mehr Abwanderung). Gleichzeitig ist Lochau die Gemeinde Vorarlbergs mit dem höchsten Durchschnittsalter der Bevölkerung. Der Mittelwert lag im September 2009 bei 43,8 Jahren (im Vergleich dazu die Gemeinde Möggers mit einem Durchschnittsalter der Bevölkerung von 36,2 Jahren und Hörbranz mit 40,0 Jahren) (Baqe 2009).

Alleine Hohenweiler und Hörbranz verzeichneten eine Geburten- und Zuwanderungssteigerung. Es gilt im Aktionsplan unter Umständen zu überprüfen, welche Gründe für die unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklungen der Gemeinden verantwortlich sind und inwiefern diese Informationen gehaltvoll für die Durchführung von GWA-Prozessen sein können.

### **3.2.1.1 Die Dörfer und Parzellen**

Das Leiblachtal, gleichsam Aktionsraum des Sozialsprengel Leiblachtal und des in Folge ausgearbeiteten Aktionsplans, ist hauptsächlich eine Teilregion der Region Bodensee-Alpenrhein im österreichischen Bundesland Vorarlberg. Das Leiblachtal erstreckt sich jedoch auch bis ins deutsche Bayern, da die Leiblach ein Grenzfluss zwischen Deutschland und Österreich ist. Das gesamte Tal befindet sich östlich des nahegelegenen Bodensees.

Das Tal umfasst auf dem österreichischen Staatsgebiet fünf Gemeinden mit einer Gesamtfläche von 50,46 km<sup>2</sup>, auf dem deutschen Staatsgebiet ebenfalls fünf Gemeinden mit einer Gesamtfläche von 84,9 km<sup>2</sup>. Die Gemeinden auf der österreichischen Seite des Tals sind Hörbranz, Lochau, Hohenweiler, Eichenberg und Möggers. - die auf der deutschen Seite Sigmarszell, Hergensweiler, Opfenbach, Hergatz und Heimenkirch.



Abbildung 3: Grafische 3D-Darstellung des Leiblachtals (Sigmarszell 2007)

Die Leiblach entspringt auf Hörbranz' Gemeindegebiet zwischen der Gemeindegrenze zu Hohenweiler und der Mündung in den Bodensee einem naturnahen Mittelgebirgsfluss.

Die Gemeinden Hörbranz (6.354 Einwohner) und Lochau (5.388 Einwohner) befinden sich im Tal, haben Bodenseeanteile und sind die am dichtest bevölkerten Gemeinden der Region. Hohenweiler (1.276 Einwohner), Möggers (532 Einwohner) und Eichenberg (378 Einwohner) werden als Berggemeinden bezeichnet und liegen zwischen 503 m ü. A. und 948 m ü. A. (Mathis 2010).

Lochau grenzt an die Landeshauptstadt Bregenz (ca. 27.400 Einwohner), Hörbranz an die große Kreisstadt Lindau (ca. 24.700 Einwohner) und somit an eine Staatsgrenze. Die Gemeindegrenzen Hohenweilers, Möggers und Eichenbergs sind teilweise gleichzeitig Staatsgrenzen zur Bundesrepublik Deutschland.

In allen Gemeinden gibt es Parzellen und Ortsteile mit unterschiedlichsten geschichtlichen, geografischen und soziokulturellen Entwicklungen. Ein nicht unerheblicher Umstand, der auch in der Entwicklung des Aktionsplans bzw. bei dessen Durchführung eine entsprechende Berücksichtigung finden wird. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen:

*Die Gemeinde Lochau ist die Gemeinde mit der höchsten Bevölkerungsdichte (519 Bewohner pro km<sup>2</sup>). Lochau grenzt an die Stadt Bregenz im Süden, an die Gemeinde Hörbranz im Norden und an die Gemeinde Ei-*

*chenberg. Lochau erstreckt sich von der Bregenzer Bucht des Bodensees (ca. 400m. ü. A.) bis zum Pfänder (1.064 m. ü. A.).*

*Der Ortsteil „Lochau-Tannenbach“ (von vielen Bewohnern „Lochau-Süd“ genannt) liegt rund 2,7 km vom Ortskern (Kirche, Rathaus, Schule, Einzelhandel etc.) entfernt. Die Entfernung von Lochau-Süd ins Zentrum von Bregenz beträgt nicht einmal einen Kilometer. Hinzu kommt, dass zwischen Lochau-Tannenbach und dem Lochauer Zentrum das Gebiet stark zersiedelt ist. Lochau-Tannenbach selbst ist von großen Siedlungsblöcken geprägt in denen rund ca. 1.800 Menschen leben (entspricht rund einem Drittel der gesamten Lochauer Bevölkerung). Viele Lochau-Tannenbacher „fühlen sich“ nach eigenen Angaben eher als Bregenzer – nicht als Lochauer. Auf Grund von Klientenberichten des Sozialsprengel Leiblachtal verlagern sich die Lebensräume der Menschen in diesem Gebiet eher Richtung Bregenz. Der tägliche/wöchentliche Einkauf, der Spaziergang oder der Gang zum Frisör oder Gemischtwarenhändler führt nach Bregenz – nicht ins Lochauer Dorfzentrum. Die Schneeräumung wird in Lochau-Tannenbach nicht von der Lochauer Gemeinde sondern von Mitarbeitern des Bregenzer Bauhofes durchgeführt. Sogar die Postleitzahl ist die gleiche von Bregenz.*

Es kann also die These aufgestellt werden, dass Gemeindeidentität und Zugehörigkeitsgefühl der Lochau-Tannenbacher schwächer ausgeprägt sind, als die der Zentrumsbewohner. Unter Umständen gilt es in einem GWA-Prozess zu überprüfen, ob ähnliche Verhältnisse an anderen Orten des Leiblachtals zu finden sind und diese sie somit relevant für den Aktionsplan sein werden.

In weiterer Folge habe ich statistische Zahlen aufgearbeitet, um einerseits bevölkerungsbezogene und geografische Gegebenheiten des Leiblachtals darzustellen und andererseits diese als mögliche Grundlagen für die Erstellung des Aktionsplans vorzubereiten.

Tabelle 1: Demografische und geografische Daten der Gemeinden (Baqe 2009)

| Gemeinde     | Fläche<br>(km <sup>2</sup> ) | EW               | EW pro km <sup>2</sup> | Bewaldung     | Landwirtschaftliche Flächen |
|--------------|------------------------------|------------------|------------------------|---------------|-----------------------------|
| Hörbranz     | 8,73                         | 6379             | 731                    | 23,60%        | 55,90%                      |
| Lochau       | 10,27                        | 5331             | 519                    | 50,30%        | 50,40%                      |
| Hohenweiler  | 8,43                         | 1279             | 152                    | 44,20%        | 89,90%                      |
| Mögggers     | 11,44                        | 543              | 47                     | Keine Daten   | 50,50%                      |
| Eichenberg   | 11,59                        | 376              | 32                     | 60,70%        | 84,30%                      |
| <b>Summe</b> | <b>50,46</b>                 | <b>13.908,00</b> | <b>275,62</b>          | <b>44,70%</b> | <b>66,20%</b>               |

### 3.2.1.2 Demografie

Der Einwohnerzuwachs Vorarlbergs konzentriert sich fast ausschließlich auf die Region Rheintal. In dieser Region wurden im Jahresabstand netto +1.396 Hauptwohnsitze gegründet. Positiv ist die Entwicklung im Walgau, im Kleinwalsertal, im Leiblachtal und im Brandnertal. In den anderen Regionen ist die Zahl der Einwohner mit Hauptwohnsitz im Jahresabstand zurückgegangen. Während die Entwicklung in den ländlichen Talschaften in den vergangenen Jahren uneinheitlich war, ist die Zuwanderung im Rheintal immer überdurchschnittlich.

Im Leiblachtal ist die Anzahl der Hauptwohnsitze innerhalb eines Jahres von 13.882 (12/08) auf 13.928 (12/09) gestiegen. Das entspricht einer Steigerung von +0,3%. Die Anzahl der weiteren Wohnsitze ist vom 31.12.08 bis zum 31.12.09 vorarlbergweit im Leiblachtal mit Abstand am stärksten gestiegen. Die Zahl der weiteren Wohnsitze erhöhte sich um 11,9% (Landesregierung 2010).

Kurz soll auch das Thema Migration und damit verbunden Integration von Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden: Die Bevölkerungsgruppen, die am stärksten im Leiblachtal vertreten sind, sind die der deutschen und türkischen Staatsbürger bzw. Österreicher mit deutschem oder türkischem Migrationshintergrund. Mitunter sichtbar wird dies in folgender Statistik des Amts der Vorarlberger Landesregierung:

## Ausländer gesamt ( mit Hauptwohnsitze und Wohnsitze) im Leiblachtal

|             | BRD    | Übrige EU | CH, FL | Ehem.<br>Jugosla-<br>wien | Türkei  | Andere | Gesamt |
|-------------|--------|-----------|--------|---------------------------|---------|--------|--------|
| <b>2004</b> | 697    | 114       | 61     | 150                       | 509     | 170    | 1.701  |
| Zuwachs     | 247    | 59        | -1     | -13                       | -83     | -12    | 197    |
| in Prozent  | 35,44% | 51,75%    | -1,64% | -8,67%                    | -16,31% | -7,06% | 11,58% |
| <b>2009</b> | 944    | 173       | 60     | 137                       | 426     | 158    | 1.898  |

Tabelle 2: Ausländer (Landesregierung 2010)

In den Jahren zwischen 2004 und 2009 erhöhte sich die Anzahl deutscher Staatsbürger um rund 35% und türkischer Staatsbürger um rund 16%. Grund hierfür dürfte bei den türkischen Staatsbürgern vornehmlich Familienzusammenführungen und bei deutschen Staatsbürgern die Grenznähe zu Deutschland und die in Österreich vermeintlich besseren Beschäftigungs- und höheren Verdienstmöglichkeiten sein. Türken und türkischstämmige Migranten sowie Menschen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens sind die einzigen Bevölkerungsgruppen, die sich in religiösen- bzw. kulturellen Vereinen und einem Sportverein in der Region organisiert haben (z.B. ATIB: Türkisch-islamischer Bund).

Detaillierte Daten (z.B. Alters- und Geschlechtsstruktur, Pendelwesen, soziale Schichtung etc.) müssen je nach Bedarf und Sinnhaftigkeit im Rahmen der Durchführung des Aktionsplanes erhoben werden.

### 3.2.2 Wirtschaftsraum und Tourismusregion Leiblachtal

Vornehmlich Landwirtschafts-, Klein- und Mittelbetriebe sind in der Region angesiedelt. Wenige größere Firmen haben sich, auf Grund der teuren und seltenen Baugrundstücke der benachbarten Landeshauptstadt, in den preisgünstigeren und größeren Gebieten des Leiblachtals angesiedelt. Firmen, wie Head, Rupp-Käsele oder die große Druckerei der Vorarlberger Nachrichten prägten jahrelang die im Tal liegenden Gemeinden und deren Dorfleben. Viele Arbeitsplätze gingen verloren, als die Druckerei und die Firma Head ihren Standort in Hörbranz aufgegeben haben. Derzeit pendeln viele Leiblachtaler in die benach-

barten Städte und Dörfer des Rheintals, der Schweiz und Liechtensteins um zu arbeiten. Anzumerken ist auch, dass sich die meisten Wirtschaftsbetriebe der Region in der „Unternehmerbörse Leiblachtal“ zusammengeschlossen haben und gemeinsame Aktionen, wie z.B. die Leiblachtaler Unternehmermesse, durchführen. Von dieser Interessensgruppe wurde auch ein leiblachtalweit gültiges Gutscheinsystem (der Leiblachtaler) eingeführt.

Das Leiblachtal ist keine klassische Tourismusregion, wie es etwa die Vorarlberger Dörfer Lech, Warth oder Zürs sind. Das Leiblachtal profitiert durch Nächtigungen der Besucher der benachbarten Festspielstadt Bregenz in kleinen Hotels und Fremdenzimmern. Die Bregenzer Festspiele und die Rahmenveranstaltungen locken jährlich rund 180.000 Besucher an. Das Leiblachtal hat wenige und eher naturverbundene Attraktionen, die sie ihren Gästen anbieten kann. Mittels einer gemeinsamen Internetpräsenz (<http://www.bodensee-leiblachtal.eu>) aller deutschen und österreichischen Leiblachtalgemeinden werben die Gemeinden mit Aktivitäten, Attraktionen und kulinarischen Genüssen des Sees und des Hausbergs Pfänder.

### **3.2.3 Freizeit und Verkehr**

Viele Leiblachtaler scheinen ihre Freizeit in Vereinen zu verbringen. Ehrenamt in kirchlichen und weltlichen Vereinen scheint im ländlichen Raum (noch) eine hohe Bedeutung zu haben. Insgesamt gibt es im Leiblachtal 134 Vereine (zum Vergleich: Bregenz hat rund 260 Vereine). Gerade in entlegeneren ländlichen Gemeinden dürfte das Vereinsleben eine wichtige Rolle im Leben vieler Menschen spielen (Stumberger 2009). Vereine, wie die freiwillige Feuerwehr, die Musikkapelle oder der Fußballklub, prägen maßgeblich mit ihren Veranstaltungen das Dorfleben.

Neben den Vereinen und ihren Angeboten, die fast ausschließlich Mitgliedern zur Verfügung stehen, bieten vornehmlich die Kommunen Freizeitangebote an. Private Unternehmer in diesem Sektor gibt es verhältnismäßig wenige. So werden Wander-, Spazier- und Radwege, ein Frei- und ein Strandbad, ein Hafen, Teile des Bodenseeufers, die freizugänglich sind, Sportplätze uvm. von den Gemeinden zur Verfügung gestellt und gewartet bzw. gepflegt. Neben den

öffentlichen Freizeitanbietern, sind auch Angebote privater Unternehmer in der Region zu finden, wie etwa eine Minigolfbahn, eine Diskothek, diverse Lokale, Schipisten, Rodelbahnen etc. geografisch recht weit verstreut und nicht ausschließlich in den Dorfzentren situiert.

Das Thema Verkehr im Leiblachtal ist auch etwas, dem besondere Beachtung geschenkt werden muss: Eine der wichtigsten europäischen Hauptverkehrsadern fließt durch die Region. Die A14 (Walgau-Rheintal-Autobahn) beginnt direkt im Anschluss an die deutsche Bundesautobahn 96 an der österreichischen Grenze bei Hörbranz, führt durch den Pfändertunnel an Bregenz vorbei ins Alpenrheintal, durch den Ambergtunnel an Feldkirch vorbei in den Walgau und geht bei Bludenz in die Arlberg Schnellstraße S16 über. Die Planungen für eine zweite Pfändertunnel-Röhre konnten erst mit einer Änderung des Verkehrskonzeptes des Landes Vorarlberg im Jahr 2001 beginnen. Bis zu diesem Zeitpunkt war vorgesehen, den Ausbau zu verhindern um die Pförtnerwirkung für den Verkehr aufrecht zu erhalten. Da diese Pförtnerwirkung aber nicht eintrat und die Verkehrsbelastung im sekundären Straßennetz durch Stau-Ausweichverkehr in Bregenz und Umgebung (vornehmlich Hörbranz und Lochau) immer höher wurde, wurde dieses Konzept schließlich geändert und mit den Planungen begonnen. Der Bau der zweiten Röhre begann im April 2006 und wird voraussichtlich Ende 2011 bis Anfang 2013 abgeschlossen sein (Plani, 2010). Seit dem 1. September 2008 und bis zum Endausbau des Tunnels ist die A14 ab der deutschen Grenze für ca. 23 km inklusive des Pfändertunnels und der Umgehung Bregenz neben den normalen Autobahnvignetten (10 Tage, 2 Monate oder 1 Jahr gültig) auch mit einer günstigeren 24 Stunden gültigen Korridorvignette befahrbar. Das starke Verkehrsaufkommen auf der Autobahn und auf der Bundesstraße B190 in der Region (vor allem Transit und Urlauberverkehr), der seit ein paar Jahren anhaltende „Tanktourismus“ vor allem vieler Urlauber und grenznahe wohnender Deutscher (es gibt fünf Tankstellen im Tal) rief immer wieder Anrainerproteste und damit verbunden heftige politische Diskussionen hervor. Umstände, die erheblichen Einfluss auf die hier lebenden Menschen und deren Lebensqualität ausüben und denen sich die Kommunalpolitik zukünftig weiterhin stellen muss.

Das Netz des öffentlichen Verkehrs ist verhältnismäßig gut ausgestattet und wird laut Gemeinden befriedigend angenommen. Vier Buslinien des Vorarlberger Verkehrsverbundes vernetzen das Leiblachtal und verbinden es mit den umliegenden Orten Lindau (D), Bregenz und Scheidegg (D). Weiters verfügen die Gemeinden Lochau und Hörbranz über eine Doppelhaltestelle der Österreichischen Bundesbahn. Diese wird täglich im Halbstundentakt von Zügen angefahren und bildet den geografischen Mittelpunkt der Bahnlinie Bregenz-Lindau.

### **3.2.3 Soziales, Gesundheit und Bildung**

Zur derzeitigen Situation des Gesundheitswesens im Leiblachtal: Alle in der Region angesiedelten Allgemein- und Fachärzte, Physio- und Psychotherapeuten haben ihre Praxen in Lochau und Hörbranz. Weitere Fachärzte finden die Leiblachtaler in Bregenz. Alle Gemeinden verfügen außerdem über einen Krankenpflegeverein, der eng mit den Ärzten und dem ambulanten Besuchs- und Betreuungsdienst (=Mobiler Hilfsdienst) zusammenarbeitet. Das nächstgelegene Krankenhaus ist das Landeskrankenhaus Bregenz. Zwei Alters- und Pflegeheime sind jeweils in Lochau und Hörbranz zu finden. Des Weiteren gibt es einige Selbsthilfegruppen (z.B. Rheumaliga) sowie private Kursanbieter (Feldenkrais- und Yogakurse uvm.).

Weitere Facheinrichtungen des Gesundheitswesens befinden sich in Bregenz oder anderen Städten Vorarlbergs (z.B. Psychiatriezentren, spezielle Gesundheitsdienstleister etc.).

Zur Situation der Bildungseinrichtungen des Leiblachtals: Jede Gemeinde verfügt über mindestens einen Kindergarten und eine Volksschule. Zwei Hauptschulen, ein Sonderpädagogisches Schulzentrum, eine Außenstelle der Volkshochschule Bregenz, eine Musikschule, das Weiterbildungszentrum Schloss Hofen sowie weitere Bildungseinrichtungen (z.B. das katholische Bildungswerk) befinden sich im Leiblachtal.

Das soziale Netz der Region kann als recht umfangreich bezeichnet werden, vergleicht man es mit den Regionen mit ähnlicher Größe und Einwohneranzahl

im Land Vorarlberg. Inwiefern es ausreichend, unzureichend oder „überladen“ ist, kann Ergebnis eines GWA-Prozesses sein.

Faktum ist, dass auf Grund der geografischen Nähe zu den zwei Kleinstädten Bregenz und Lindau viele soziale Dienste dort von Leiblachtaler in Anspruch genommen werden (können).

Im Leiblachtal gibt es auch Einrichtungen der Lebenshilfe Vorarlberg (Werkstätten und Wohnhäuser für Menschen mit Behinderung), kirchennahe soziale Organisationen, das Frauennetzwerk und weitere soziale Dienstleistungsorganisationen. Kleinkinderbetreuungseinrichtungen (Spielgruppen etc.) sind ebenfalls in allen Gemeinden, bis auf Eichenberg und Hohenweiler angesiedelt.

Der größte Dienstleistungserbringer (in Bezug auf die Anzahl und Umfang der Dienstleistungen) ist der Verein Sozialsprengel Leiblachtal. Seine Entwicklung, Angebote und Bedeutung werden in Folge dargestellt.

### **3.2.3.1 Der Sozialsprengel Leiblachtal und seine Entwicklung**

Die Konzeption von Sozialsprengeln Mitte der 70er Jahre in Österreich kann als eine von vier Ansätzen von Gemeinwesenentwicklung in ländlichen Räumen Vorarlbergs bezeichnet werden. So empfahl das Amt der Vorarlberger Landesregierung im Jahre 1972 im novellierten Sozialhilfegesetz die „Einrichtung von Sozialsprengel“. Unter einem Sozialsprengel versteht man nach wie vor „soziale Räume [...], in welchen soziale Dienste in koordinierter Form angeboten werden“ (Sing 2009: 17). Die Konzeption der Sozialsprengel scheint eine zielführende Form von gemeinwesenorientierten Ansätzen in der Arbeit der Organisationen zu sein. Zwischen 7.000 und 10.000 Einwohner sollte der Aktionsraum eines Sozialsprengels haben. Das bedeutet, dass sich kleine Gemeinden - so auch in der Region Leiblachtal - zusammenschließen und große Dörfer oder Städte dorf- beziehungsweise stadtteilbezogen planen und arbeiten müssen. Durch die Errichtung von Sozialsprengel war also nicht nur die zentral koordinierten und nahe beim Betroffenen organisierten Hilfen und Dienstleistungen geplant, sondern auch „Zentren partizipativ ausgerichteter Aktivitäten“ (Sing 2009: 18). Sozialsprengel werden also als „Koordinations- und

Kooperationsmodelle im Nahraum unter Erhaltung der Vielfalt von Institutionen und Anbietern betrachtet“ (Geser et al., 2009: 161).

Der im Jahre 1993 gegründete Verein Sozialsprengel Leiblachtal kann hier durchaus als Beispiel genannt werden. Er ist ein gemeinnütziger Verein und wurde von den fünf österreichischen Leiblachtalgemeinden Hörbranz, Lochau, Hohenweiler, Möggers und Eichenberg gegründet. Hauptziel der fünf Gemeinden war damals die bestehende Lochauer Nachbarschaftshilfe<sup>2</sup> auf das gesamte Tal auszuweiten und professionell zu organisieren. Weiters bezweckten die politischen Verantwortlichen eine Verbesserung der Koordination anderer sozialer Dienstleistungsangebote in der Region und verfolgten das Ziel, den Verein als Gemeinwesenarbeitsstelle des Leiblachtals zu entwickeln (Sozialsprengel Leiblachtal 1995).

In den vergangenen siebzehn Jahren wurden je nach Bedarf, Willen der Betroffenen, Strategien der Geldgeber beziehungsweise Kooperationspartnern und Akquise von entsprechenden Ressourcen Dienstleistungen vom Verein entwickelt, umgesetzt und wieder abgesetzt.

### **3.2.3.2 Der Sozialsprengel Leiblachtal und seine derzeitige Arbeit im Vergleich zu seinem Auftrag**

Der Sozialsprengel Leiblachtal versteht sich als eine zentrale Anlaufstelle für alle Bürger, soziale Organisationen und Gemeinden im Leiblachtal für gesundheits- und sozialbezogene Themen. Er ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der über eine Vereinsstruktur nach dem geltenden österreichischen Vereinsgesetz verfügt. Hauptorgane sind der Vorstand (bestehend aus je zwei politischen Vertretern der Gemeinden Lochau und Hörbranz sowie je einem

---

<sup>2</sup> Die Nachbarschaftshilfe entsprach den heutigen Mobilen Hilfsdiensten in Vorarlberg. Koordiniert von zwei ehrenamtlich tätigen Einsatzleiterinnen besuchten – vornehmlich Frauen – betagte Menschen in deren Wohnungen und unterstützten diese vor Ort bei haushalterischen und betreuerischen Angelegenheiten. Die Dienstleistung wird nach wie vor vom Verein Sozialsprengel Leiblachtal unter dem Namen „Ambulanter Besuchs- und Betreuungsdienst“ angeboten. Pflegerische Dienste sind bei den örtlichen Krankenpflegevereinen ausgelagert.

politischen Vertreter der Gemeinden Hohenweiler, Möggers und Eichenberg) und der Geschäftsführer, der dem Vorstand unterstellt ist. Mitglieder des Vereins sind die fünf Leiblachtalgemeinden, die Ärzte, die Krankenpflegevereine, die Pfarrgemeinden, die Volks- und Hauptschulen, die Kindergärten sowie die sonderpädagogische Schule des Leiblachtals. Theoretisch können alle in der Region angesiedelten Einrichtungen, die soziale Arbeit leisten oder im Gesundheitsbereich angesiedelt sind, eine Mitgliedschaft beim Verein beantragen.

Der Verein ist derzeit hauptsächlich in fünf Handlungsfeldern tätig und beschäftigt neben echten Dienstnehmern, Honorarkräfte und freien Dienstnehmer auch ehrenamtliche Mitarbeiter. Von ihnen werden Dienstleistungen, Beratungen und Projekte in den Bereichen Familien-, Jugend-, Alten-, Behinderten- und Migrationsarbeit erbracht. Insgesamt sind für den Verein rund 90 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter tätig.

Die Dienstleistungen, Projekte und Veranstaltungen des Vereins werden entweder gemeindespezifisch oder gemeindeübergreifend durchgeführt. Sie werden durch finanzielle Mittel der Gemeinden und des Amtes der Vorarlberger Landesregierung sowie durch Kostenersätze, Erlöse, Spenden und Sponsorbeiträge finanziert.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass das Amt der Vorarlberger Landesregierung jährlich mit einem finanziellen Förderbeitrag Gemeinwesenarbeit des Sozialsprengel Leiblachtal unterstützt. Begründet wird dies zum Beispiel im Sozialbericht 2000: „Nahraum: Die Lösung sozialer und gesellschaftlicher Probleme, aber auch umfassende Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung sind ohne eigenverantwortliche Mitwirkung der Bürger nicht denkbar. Die Kompetenz und Verantwortung des/der Einzelnen und der kleinen sozialen Gruppe sowie Selbsthilfe und Privatinitiative im überschaubaren sozialen Nahraum, in der Familie, in der Nachbarschaft, in der Gemeinde müssen unterstützt und gefördert werden. [...] Zusammenarbeitsmodelle im Nahraum, z.B. im Sinne des Sozial- und Gesundheitssprengels, sollen die Koordination, Kooperation und Integration der verschiedenen sozialen Dienstleistungseinrichtungen sicherstellen“ (Gmeiner 2000: 16). In diesem Bericht wird außerdem die Förderung und

Stärkung der Sozialsprengel im Lande zur „Stärkung des Gemeinwesens und der Verantwortlichkeit im überschaubaren Raum“ empfohlen, um somit vornehmlich Armut im weitesten Sinne zu bekämpfen.

Der Verein Sozialsprengel Leiblachtal ist

- Bestandteil des sozialen Netzes jeder einzelnen Gemeinde des Leiblachtals,
- die Informationsstelle für Ratsuchende in sozialen Angelegenheiten,
- die Anlaufstelle für seine Mitglieder in Fragen der Planung, Organisation und Durchführung von Projekten
- eine Vermittlungsstelle zwischen einerseits Rat- und Hilfesuchenden und andererseits den lokalen, regionalen und überregionalen Dienstleistungsanbietern.

Der Verein bietet derzeit folgende Dienstleistungen an:

**Allgemeine Leistungen:**

- Service für Vereinsmitglieder (z.B. Moderation oder Konzeption eines Leitbildes)
- Allgemeine Fachberatungen für Mitglieder
- Beratung und Vermittlung für Bürger der Region
- Überregionale Kooperationen mit Organisationen des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens

**Spezifische Dienstleistungen, die ausschließlich durch den Verein erbracht werden:**

- Familienhilfe - leiblachtalweit
- Babysitterdienst - Hörbranz, Lochau

- ElternKindTreff „Oase Kunterbunt“ - Hörbranz
- ElternKindTurnen – Hörbranz, Lochau
- Spielgruppe Möggers - Möggers
- Offene Jugendarbeit - Hörbranz, Lochau
- Essen auf Rädern - Hörbranz, Hohenweiler
- Ambulanter Besuchs- und Betreuungsdienst – leiblachtalweit

**Spezifische Dienstleistungen, die in Kooperation mit anderen regionalen Institutionen erbracht werden:**

- Feldenkraiskurse - leiblachtalweit
- Yogakurse - leiblachtalweit
- Deutschkurse für Frauen mit Migrationshintergrund - Hörbranz, Lochau
- Diät- und Ernährungsberatung – leiblachtalweit
- Geburtsvorbereitung und Stillberatung - leiblachtalweit

Ein Teil der Dienstleistungen bzw. der derzeit ausgeführten Tätigkeiten des Vereins finden sich in der Entwicklungsplanung des Sozialsprengel Leiblachtal aus dem Jahre 1997 wieder.

Die Entwicklungsplanung wurde von den fünf Leiblachtalgemeinden in Auftrag gegeben. Unter der Leitung des damaligen Geschäftsführers Mag. Martin Hebenstreit, wurde in einem interdisziplinärem Team (Vertreter der Kommunen, der Pfarren, der örtlichen Krankenpflegevereine, Mitarbeiter etc. – aber ohne Bürger), zwei Jahre lang das bis heute gültige - jedoch nicht zwischenzeitlich angepasste Entwicklungskonzept ausgearbeitet. Ziel war es, ein Papier zu erstellen, das Entwicklungsziele und Strategien beinhalten und somit als Grundlage dienen soll, die kommenden Jahresplanungen und die damit verbundenen konkreten Maßnahmen zu erstellen (Sozialsprengel Leiblachtal 1995).

In der Entwicklungsplanung des Jahres 1997 wurden neben den in Abbildung 4 grafisch dargestellten Dienstleistungen zuvor Leitideen entwickelt und daraus Grundsätze formuliert. Anhand der Leitideen und der Grundsätze lässt sich feststellen, dass fünf Jahre nach Gründung des Vereins – noch nicht klar definiert – aber zumindest grob umrissen die Optionen gemeinwesenorientiert zu arbeiten bzw. Gemeinwesenarbeit als möglichen Teil der Arbeit des Vereins zu verstehen, ausgesprochen worden ist.

„Ziel des Sozialsprengel Leiblachtal ist [...] die leiblachtalweite Zusammenarbeit in spezifischen Fachbereichen, der Aufbau neuer, bedarfs- und bedürfnisorientierter Angebote [...]. Weiters dient der Sozialsprengel Leiblachtal zur Unterstützung von Selbsthilfe und Selbsthilfeorganisation sowie der Bedarfsbeobachtung“ (Sozialsprengel Leiblachtal 1995).

Es stehen derzeit durchaus zeitliche und finanzielle Ressourcen - aber lediglich dem Geschäftsführer des Vereins - zur Durchführung von GWA-Initiativen und Projekten zur Verfügung. Die bis dato konzipierten und durchgeführten Einzelprojekte folgen allerdings nicht einer einheitlichen Strategie zur Durchführung von der Arbeit in Gemeinwesen.

Die Türen zur GWA wurden bei der Erarbeitung der Entwicklungsplanung und auch heute offen gehalten - gemeinwesenorientiert wurde durchaus in einigen Fachbereichen (z.B. Familienarbeit) gearbeitet – ein eindeutiges Bekenntnis zur GWA bzw. klar definierte GWA-Prozesse lassen sich in keinem Arbeitspapier oder Konzept des Vereins bis dato finden.

Im folgenden Teil der Arbeit wird ein möglicher Aktionsplan erstellt, in dem der Verein Sozialsprengel Leiblachtal eine tragende Funktion innehaben wird. Dem zuvor ist eine kurze Diskussion über die Organisationsformmöglichkeiten von GWA gestellt.

Abbildung 4: Hauptfunktionen des Sozialsprengel Leiblachtal

| Hauptfunktionen des Sozialsprengel Leiblachtal     |                                                                           | Wirtschaftlichkeit der Organisation                                                                                                                                                                                                                                                                  |                                                                             |                                                                 |                           |                             | Wirksamkeit der Dienstleistungen |  |  |  |  |
|----------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------|---------------------------|-----------------------------|----------------------------------|--|--|--|--|
| Funktionen zur Sicherstellung der Dienstleistungen | Organisation                                                              | <ul style="list-style-type: none"><li>• Leitbild (Ziele, Grundsätze,...), Planung, Konzept, Aufbau, Dokumentation</li><li>• Vereinsstatuten, Geschäftsordnung</li><li>• Budgeterstellung u. Rechnungsabschluss, Lohnverrechnung, Rechnungswesen und EDV</li></ul>                                    |                                                                             |                                                                 |                           |                             |                                  |  |  |  |  |
|                                                    | Personalarbeit                                                            | <ul style="list-style-type: none"><li>• MitarbeiterInnensuche, -auswahl und –entwicklung (Weiterbildung)</li><li>• MitarbeiterInnenführung, Klima und Motivation, Leitung von Teamtreffen</li><li>• Personaleinsatzplanung, Dienst- und Fachaufsicht und Koordination der MitarbeiterInnen</li></ul> |                                                                             |                                                                 |                           |                             |                                  |  |  |  |  |
|                                                    | Infrastruktur                                                             | <ul style="list-style-type: none"><li>• Räumlichkeiten des Vereins in Hörbranz</li><li>• Reinigung und Instandhaltung</li><li>• Technische Ausstattung</li></ul>                                                                                                                                     |                                                                             |                                                                 |                           |                             |                                  |  |  |  |  |
|                                                    | Öffentlichkeitsarbeit                                                     | <ul style="list-style-type: none"><li>• Informationen an Vereinsmitglieder, Mitgliederbetreuung</li><li>• Präsenz in den Lokalmedien</li><li>• Meinungsbildung zu sozialen Fragen</li></ul>                                                                                                          |                                                                             |                                                                 |                           |                             |                                  |  |  |  |  |
|                                                    | Zusammenarbeit mit externen Organisationen                                | <ul style="list-style-type: none"><li>• mit anderen Sprengeln</li><li>• mit spezialisierten und überregionalen DienstleistungsanbieterInnen (IFS, AKS, SMO...)</li><li>• den zuständigen Stellen des Landes und der Bezirkshauptmannschaft</li></ul>                                                 |                                                                             |                                                                 |                           |                             |                                  |  |  |  |  |
| Dienstleistungen                                   | Kontakt mit den Gemeinden und Mitgliedern                                 | Unterstützung von Selbsthilfe & -organisation                                                                                                                                                                                                                                                        | Vermittlung von Einzelpersonen an spezialisierte Beratungsstellen           | Anlaufstelle für Informationen                                  | Familienhilfe             | Ständige Bedarfsbeobachtung |                                  |  |  |  |  |
|                                                    | Kooperation mit den verschiedenen regionalen DienstleistungsanbieterInnen | Angebot eines Erstgesprächs                                                                                                                                                                                                                                                                          | Delegation von spezifischen Aufgaben an die dafür zuständigen Einrichtungen | Hilfestellung bei Organisation, Planung und Durchführung        | Ernährungsberatung        | Neue Angebote...            |                                  |  |  |  |  |
|                                                    | Integration aller regionaler Einrichtungen im Sozialwesen                 | Anlaufstelle für ratsuchende BürgerInnen                                                                                                                                                                                                                                                             |                                                                             | Beratung der politischen Instanzen und der Verwaltungsinstanzen | Urlaubspflege             | Anti-Osteoporose-Training   |                                  |  |  |  |  |
|                                                    | Zusammenarbeit                                                            | Beratung                                                                                                                                                                                                                                                                                             | Vermittlung                                                                 | Serviceangebote für Mitglieder                                  | Eigene soziale Leistungen | Aufbau neuer Angebote       |                                  |  |  |  |  |

## 4. Die Entwicklung eines Aktionsplans

GWA wird in der Praxis von verschiedenen Organisationen in unterschiedlichsten Ausprägungen – je nach Finanzierung, Anlassfall, Ressourcen, Motivation und fachlicher Ausbildung und Wissen der Beteiligten ausgeführt. Es kann die Bürgerbewegung sein, die ihren Bedarf formuliert und ihren Willen etwas zu verändern in Form von Diskussionen, Eigeninitiativen und Aktionen zeigt. Es kann aber auch die „professionelle“ (bezahlte) Seite sein – die Non-profit-Organisation (beispielsweise ein gemeinnütziger Verein, wie etwa der Sozialsprengel Leiblachtal), die vermeintlichen Bedarf sehen, ihn überprüfen und entsprechende Konzepte eines GWA-Projekts oder –prozesses entwickeln und diesen potentiellen Fördergebern vorlegen. Es gibt aber auch, zwar wenige, aber durchaus Beispiele zu nennen, wo Kommunen selbst den Bedarf sehen und entsprechende Konzepte zur Umsetzung bringen.

Vorliegender Aktionsplan enthält Prozessphasen und Aktionsschritte verschiedenster in Literatur gefundener Vorgehensweisen. So habe ich Elemente von Hörburgers Dorfanalyse (Rohrmoser 2004: 11), Hofingers Prozessbeschreibung der Gemeinde-/Stadtteilentwicklung (Hofinger 2007: 46ff) und Herwig/Wegeners Phasen der GWA (Herwig, et al. 1972: 24ff) verglichen bzw. Elemente derselben ergänzt.

Ich gehe von nun an davon aus, dass der Sozialsprengel Leiblachtal einem seiner wichtigsten Aufträge, nämlich GWA-Prozesse initiieren zu können, sofern Bedarf, Auftrag und Finanzierung geklärt und mit den Gemeinden festgesetzt worden sind, folgen soll. Ich beziehe mich auf die Gründungsgedanken und die in der Entwicklungsplanung des Vereins sowie auf die im Vorarlberger Sozialhilfegesetz formulierten Ziele der Sozialsprengel (siehe Kapitel 3.2.3.1).

Im folgenden Aktionsplan wird der Verein Sozialsprengel Leiblachtal die Rolle des Initiators und Prozessbegleiters einnehmen. Begründet wird dies auf Grund der Komplexität der möglichen inhaltlichen und thematischen Handlungsfelder, die GWA bearbeitet. Einerseits kann der Verein und Teile seiner Mitarbeiter als Begleiter eines GWA-Prozesses als externer Berater kommunale Politik entlasten, andererseits durch seine fachliche, strukturelle und organisatorische Kom-

petenz die Entwicklung eines Gemeinwesens vorantreiben und fördern. Unter Berücksichtigung möglicher Rollen- und Interessenskonflikte der Beteiligten und möglichen detaillierten Auseinandersetzungen mit und in Teilprojekten, wird es Aufgabe des Vereins sein, allen Beteiligten eine unterstützende und aktivierende Anleitung während des Prozesses zu bieten.

In der Vergangenheit ließen sich viele Beispiele wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Probleme finden, die durchaus in einem GWA-Prozess bearbeitet hätten werden können, teilweise auch in gemeinwesenorientierten Projekten bearbeitet worden sind. Beispiele hierfür sind bzw. waren: Abwanderung bzw. schwacher Zuzug in Teilen der Berggemeinden, Schließung des letzten Nahversorgungsbetriebs der Gemeinde Eichenberg und die damit verbundenen Probleme nicht bzw. wenig mobiler Einwohner der Gemeinde oder Probleme des Zusammenlebens von Bewohnern in zwei Leiblachtaler Siedlungen und vieles mehr. Der folgende Aktionsplan soll einen Raster oder einen Ablaufplan möglicher Schritte bieten, der zugeschnitten auf das in Frage kommende Gemeinwesen angewendet werden kann. Der Plan wird zwar Aspekte des Leiblachtals berücksichtigen, er wurde aber bewusst neutral gehalten. Das heißt, der Aktionsplan wurde nicht an Hand eines konkreten Beispiels abgehandelt.

Ausgangspunkt jeglichen GWA-Prozesses sind soziale Probleme bzw. soziale Konflikte innerhalb eines Gemeinwesens, wobei das Gemeinwesen als solches von Betroffenen oft nicht (gleich) als solches gesehen oder definiert wird. In Folge werde ich somit von einem „Anlassfall“ sprechen.

Folgende Phasen des Aktionsplans sind zu berücksichtigen: In der Einstiegs- oder Vorbereitungsphase die Regional- und Potentialanalyse, der Aufbau von Einstiegsprojekten, Vernetzungsphase, die Modellprojektphase und gegebenenfalls die Phase der Verbreiterung der Aktivierungsplattformen zu regionalen/kommunalen Entwicklungsplattformen und –programmen. Die von mir erstellte Grafik (Abbildung 5) stellt den Gesamtprozess, also vom Anlassfall über den eigentlichen GWA-Prozess bis hin zu möglichen Folgeprogrammen dar.

Bevor die beschriebenen Phasen des Projekts starten können, müssen in der Startphase die grundlegenden Strukturen geklärt werden:

- Auf Grund der groben Informationen muss eingeschätzt werden, ob ein GWA-Prozess zur Bearbeitung der geäußerten Probleme sinnvoll erscheint. Folgende Frage muss demnach geklärt werden: Bedarf es eines Professionellen, also jemanden von außen, der mittels gezielter Anregung, Unterstützung, Beratung und Koordination einen Prozess der Aktivierung fördern soll?
- Im Fall, dass der Sozialsprengel Leiblachtal die Koordination des Prozesses übernehmen soll, ist eine grundsätzliche Willenserklärung der politischen Vertreter notwendig, die den Verein mit der Aufgabe einen GWA-Prozess zu initiieren betraut.
- Damit verbunden müssen Finanz- und Zeitrahmen geklärt und sichergestellt werden. Dies wird ebenfalls durch einen Vorstandsbeschluss und möglicher Fördervereinbarungen/Kooperationsverträge (z.B. mit dem Amt der Vorarlberger Landesregierung oder dem Bund) fixiert.

Nachdem die Auftragsklärung erfolgt ist, sollten grundsätzlich weitere Rahmenbedingungen festgelegt werden und vor bzw. während der Konzeption sowie bei der Durchführung eines Prozesses mittels „monitoring“ bzw. Teilevaluationen in geplanten zeitlichen Abständen überprüft und nie aus den Augen verloren werden. Der Sozialsprengel Leiblachtal muss also vorab die in Kapitel 2.4 beschriebenen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen sicherstellen und im weiteren Prozess fördern.

In einem zweiten Schritt, sozusagen in der Vorbereitungsphase, wird ein Gesamtkoordinator (Mitarbeiter des Vereins) bestimmt, der mit der Bildung einer Trägergruppe betraut wird. Hofinger begründet diesen Schritt damit, dass Betroffene zu Beteiligten werden (sollen). Folglich soll die Trägergruppe eine für das Gemeinwesen möglichst repräsentative Gruppe von Menschen sein.

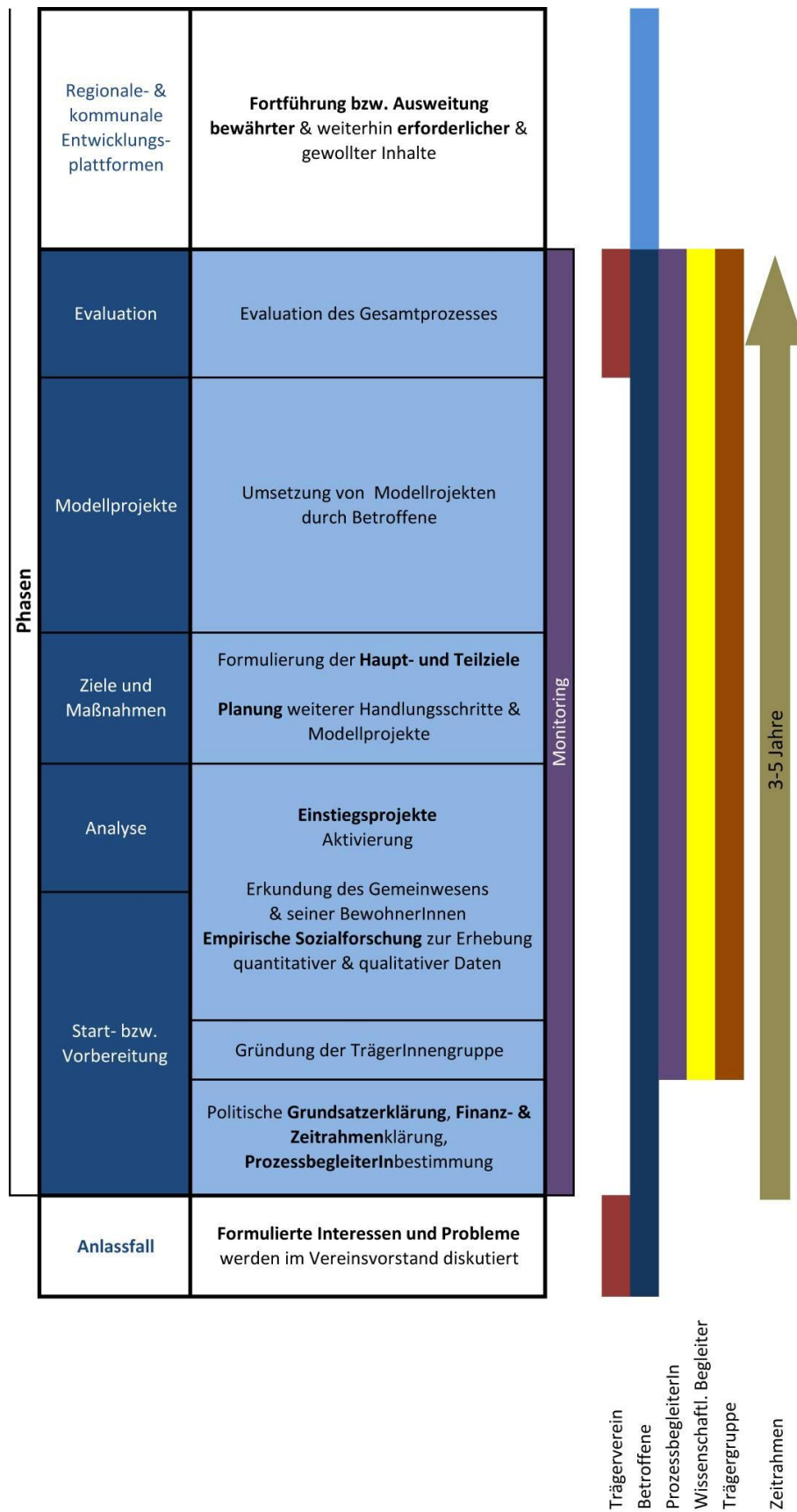


Abbildung 5: Phasen des Aktionsplans

Menschen, die aktiv den Prozess steuern und begleiten wollen und sich um die Umsetzung von Teilprojekten und Detailschritten kümmern werden (Hofinger 2007: 47).

Diese Gruppe ist zuständig für die strukturelle, organisatorische, inhaltliche und informative Koordination der Arbeitsgruppen und des Prozesses. Aufgabe der Trägergruppe wird es auch sein, die Vernetzung regionalen Ideenträger und Potentiale zu fördern beziehungsweise beim Aufbau von innovativen Modellprojekten mitzuwirken. Die Trägergruppe ist vollständig über formulierte Hauptziele des Prozesses sowie über die vom Vereinsvorstand beschlossenen Rahmenbedingungen informiert und wird mit dem Prozessbegleiter ein grob strukturiertes Prozessdesign entwerfen. Weiterer Vorteil ist, dass in der Träger- oder Steuerungsgruppe Bewohner des Gemeinwesens, die nicht nur Informationen „hereintragen“, sondern auch verbreiten können. Ihnen wird es unter Umständen leichter als dem Prozessleiter oder gar einem Bürgermeister der Gemeinde fallen, z.B. Ankündigungen zu Versammlungen in der Nachbarschaft oder Teilen des Gemeinwesens zu verbreiten.

Der Prozesskoordinator wird einerseits in seiner Rolle als Begleiter, andererseits als Berater und Moderator die nächste Phase, die Analysephase, mit der Trägergruppe erarbeiten und festlegen. Seine Arbeit wird es auch sein, während des Prozesses „notfalls“ Übersetzungsarbeit, z.B. gegenüber politischen Verantwortlichen, zu leisten. In diesem Zusammenhang wird oft auf Grund oben beschriebener Rollendarstellung auf ein möglicherweise auftretendes Dilemma hingewiesen: Hinte und Karas beschreiben dies wie folgt: „Gemeinwesenarbeit ist eine schmale Gratwanderung zwischen mangelhafter Unterstützung durch den Gemeinwesenarbeiter und zu viel Eigenaktivität, die eine Gruppe hemmen könnte“ (Karas et al. 1978: 93). Der Gemeinwesenarbeiter steht demnach „mithin im Spannungsverhältnis zwischen Autonomie gewähren und Eingreifen“ (Galuske 2007: 107). Im folgenden Prozess sollen daher die Autonomie der Bewohner und des Gemeinwesens im Vordergrund stehen.

In diesem Teil des Prozesses werden Voruntersuchungen durchgeführt. Die Untersuchungen in der Trägergruppe haben zum Ziel Motivation, zeitliche

Möglichkeiten, persönliche Ziele und Meinungen der Mitglieder in Erfahrung zu bringen. Weiters werden die Betroffenen zu Problemen des Gemeinwesens oder darin vorkommender einzelner Gruppen befragt (Hinte et al. 1989: 51f.).

#### ***4.1 Regional- und Potentialanalyse und Aufbau von Einstiegsprojekten***

Bezugnehmend auf die Methoden und Aktionsformen von GWA wird diese Phase umfangreiche Vorarbeit für die folgenden Modellprojekte bieten. Zugleich können aber auch schon in dieser Phase Vernetzungsarbeit geleistet und gefördert sowie Einstiegsprojekte herbei geführt werden.

Im Fokus der Analysen ist auch hier der Lebensraum sowie die Interessen der darin lebenden Menschen. Der Prozessbegleiter/Gemeinwesenarbeiter muss sich (wie auch die Betroffenen) ein fundiertes Bild des Gemeinwesens machen können. Neben quantitativen werden auch qualitative Daten erfasst. Qualitative Daten sind wichtig, da sie ein statisches Bild des Lebensraums bzw. der Informationen der Betroffenen liefern. Informationen, wie in Kapitel 3.2.3 beschrieben (demografische Daten, Wirtschaftsdaten etc.), bieten, sozusagen aus der Vogelperspektive gesehen, einen Blick auf das Gemeinwesen sowie auf die umliegende Region und deren Bevölkerung. Die gesammelten Daten werden ausgewertet und sollen der besseren Planung zukünftiger Leitziele und Aktivitäten dienen.

Während eine quantitative Erhebung durch den Gemeinwesenarbeiter einen guten aber statischen Überblick, also eine Analyse des Ist-Zustands des Aktionsraumes bzw. des Gemeinwesens liefert, bedarf es einer „Art Tat-Forschung, eine vergleichende Forschung der Bedingungen und Wirkungen verschiedener Formen des sozialen Handelns und eine zu sozialem Handeln führende Forschung“ (Lewin 1968: 280). Das heißt, dass mit dieser Forschungsmethode empirischen Fakten und Daten erhalten werden und gleichsam praktische Veränderungen in einem sozialen Feld zusammen mit den darin lebenden Menschen bewirkt werden können (Hinte et al. 1989: 42). Teil dieser ersten Phase können somit auch schon Einstiegsprojekte in Form von Aktionsuntersuchungen oder aktivierenden Befragungen sein.

Ich möchte auf ein Element dieser Phase etwas näher eingehen, da ich sie für den Gesamtprozess für wesentlich halte. Hinte und Karas beschreiben, was sie unter aktivierender Befragung verstehen: Sie ist, und das unterscheidet eine katalytisch-aktivierende wesentlich von z.B. der aggressiven GWA, eben „anregend“ und hat unter anderem die aktive Teilhabe der Betroffenen zum Ziel. Objektive und subjektive Fakten sowie Meinungen und Ideen zur Veränderung der Situation können mittels einer Aktionsuntersuchung erhoben werden. Eine Aktionsuntersuchung oder aktivierende Befragung scheint eine wirksame Möglichkeit einen Einstieg in die GWA und somit in die Lebenswelt der Betroffenen zu finden (Hinte et al. 1989: 49f.).

In einer aktivierenden Befragung werden Bürger nach ihren Meinungen und Einstellungen gefragt und gleichzeitig dazu angeregt und ermutigt, für ihre Interessen einzutreten und bei der Entwicklung von Lösungen in ihrem Wohnumfeld mitzuwirken. Um das Gebiet, in dem die Befragung durchgeführt werden soll, besser kennen zu lernen, werden in einer Voruntersuchung Gespräche mit Schlüsselpersonen und Bewohnern geführt, Materialien ausgewertet und Beobachtungen durchgeführt. Die eigentliche Befragung wird schriftlich angekündigt und erfolgt persönlich durch geschulte Interviewer auf der Basis eines Interviewleitfadens mit offenen Fragen. Ziel ist es, die Ängste, Wünsche, Sorgen der Bewohner herauszufinden. Gleichzeitig werden aber auch eigene Lösungsvorschläge der Bürger sowie ihr Interesse an einer Mitwirkung bei der Umsetzung der Ideen erfragt.

Zwei Zielgruppen werden nun in der auf die Voruntersuchung folgende Hauptuntersuchung befragt und nach Möglichkeit aktiviert: Betroffene selbst und Experten. In einem möglichst kurzen Zeitraum muss diese Untersuchung und unmittelbar danach eine Versammlung durchgeführt werden, bei der die Ergebnisse präsentiert und Betroffene eingeladen werden, mit Hilfe und auf Grund der erhobenen Daten weitere Schritte zu setzen, um eine Verbesserung ihrer Situation herbeizuführen (ebd. 65f.).

Doch zurück zur Hauptuntersuchung selbst. Anhand des von Brandstetter erstellten Rasters könnten sich für den Prozess relevante Informationen

ergeben. Brandstetter bezeichnet die Erhebungsmethode als quantitative Raumerfassung (Brandstetter 2009: 23):

- i. Typik: Stadtgemeinde, Marktgemeinde
- ii. Bevölkerungsstruktur (nach Alters- und Geschlechtsstruktur; Hauptwohnsitzgemeldete, Zuzug, Geburtenentwicklung, Abwanderung, Pendelwesen )
- iii. Wirtschaftsfaktoren des Ortes: (Industrie, Gewerbe, Agraranteil)
- iv. (partei)politische Ausrichtung des Sozialraums (Mandatsverteilung, politische Programme)
- v. Soziale Schichtung innerhalb des Gemeinwesens (Anteil von Akademiker, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeempfängeranteil, etc.)
- vi. Anteil des Eigenheims an den Gebäuden
- vii. Familienstruktur (Scheidungsrate, Alleinerzieherinnen etc.)
- viii. Wahlbeteiligung
- ix. Kriminalitätsbelastung (Laut PKA)

Die Ergebnisse der Befragung werden von der Trägergruppe ausgewertet (gegebenfalls von einem hinzugezogenen wissenschaftlichen Begleiter) und den Bewohnern, mit dem Ziel, Umsetzungsschritte zu definieren, vorgestellt. Weiters können folgende lebensweltlich orientierten Erhebungsmethoden zum Einsatz kommen: Gruppendiskussionen, Nadelmethode und Begehungen (z.B. eines Dorfteils oder einer Siedlung) nach Deinet und schließlich Betroffenenengespräche nach Sessar (Brandstetter 2009: 24).

#### ***4.2 Vernetzung regionaler Ideenträger & Potentiale zu Aktivierungsplattformen***

Wurden Voruntersuchung und Hauptuntersuchungen abgeschlossen und die Ergebnisse den Betroffenen präsentiert, gilt es die Motivation Betroffener zu erhalten. Weiters gilt es geäußertes Interesse von Befragten sich bei weiteren Aktionsschritten zu beteiligen, ernst zu nehmen und diese für die Umsetzung zur Teilnahme an Interessens- oder Aktionsgruppen zu motivieren (ÖGUT 2009).

Nicht nur für die befragten Bürger und Experten, sondern auch für die Steuerungsgruppe ist eine Rückkoppelung der Ergebnisse der Untersuchungen wichtig. Somit kann nämlich überprüft werden, ob die zu Beginn des Prozesses formulierten Zielsetzungen, Interessen, personellen und zeitlichen Ressourcen etc. mit denen der anderen Betroffenen übereinstimmen und ob es sich bei Meinungen um Vorurteile (z.B. Vorurteile gegenüber eines Dorfteiles oder gegenüber der Interessen anderer Menschen in einer Siedlung) handelt.

Mit allen aktivierten Betroffenen gilt es im nächsten Schritt in Arbeitsgruppen, die sich vorzugsweise auf Grund eines Themas bilden, zu diskutieren ob und wann in welcher Form die Themen bearbeitet werden sollen. Ob weitere Akteure (Betroffene oder Organisationen der Region oder des Gemeinwesens) zur Mitarbeit angefragt werden sollen, weiteres Wissen oder Ressourcen zur Durchführung von weiteren Schritten oder Modellprojekten notwendig sind, wird in den Arbeitsgruppen diskutiert werden.

Bei der Zusammensetzung von Arbeitsgruppen muss besonderes Augenmerk auf die Konstellation der Gruppe gelegt werden. Ich möchte mich auf Kapitel 3.1 und ein Beispiel aus der Praxis beziehen.

*Vor 3 Jahren organisierte der Verein Sozialsprengel Leiblachtal das „Leiblachtalcafé für Bewohner der Region ab 60 Jahren. Grund hierfür war die Idee, die spezielle Zielgruppe nach ihren Interessen zu befragen, sie miteinander in einem besonderen Rahmen kommunizieren und Ideen zu Verbesserung möglicher Probleme entwickeln zu lassen. Unabhängig von den vielfältigen Ergebnissen der Versammlung und der darauf folgender Projektgruppen wurden bei der Einladung mehrere Dinge auf Grund der speziellen Zielgruppe berücksichtigt: Die Formulierung des Anliegens, die Gestaltung der Einladung selbst – unterschrieben durch die Bürgermeister der jeweiligen Wohnsitzgemeinden (Bürgermeister haben erfahrungsgemäß bei vielen Menschen dieser Zielgruppe einen hohen Stellenwert), der Zeitpunkt der Veranstaltung (nicht am Abend) der Ablauf der Veranstaltung selbst (es wurde im Anschluss zu Kaffee und Kuchen eingeladen), der zentrale und gut erreichbare*

*Veranstaltungsort und das Angebot Fahrgemeinschaften zu organisieren (auf Grund der großen räumliche Distanzen und teilweise schlechte Verbindungen öffentlicher Verkehrsmittel – siehe Kapitel 3.2.1.1 und 3.2.3).*

*Die Berücksichtigung dieser und anderer Umstände und vor allem das große Interesse an der Veranstaltung selbst führten wahrscheinlich dazu, dass über 150 Menschen aus der Region teilgenommen haben.*

Das bedeutet, dass bei der Konstellation der Arbeitsgruppe, beispielsweise zeitliche Intervalle der Treffen, Orte und weitere Rahmenbedingungen der Arbeitsgruppensitzungen der Gruppe und ihren Bedürfnissen angepasst sein müssen. Die Gruppe entscheidet daher selbst, was sie in welcher Intensität angehen und besprechen möchte. Aufgabe der Trägergruppe könnte nun sein, die Arbeitsgruppen (Hinte spricht von Initiativgruppen – Hinte/Karas 1989: 64) zu begleiten, also bei der Moderation der Arbeitsgruppen und der Protokollierung zu unterstützen bzw. zu übernehmen. Die Verantwortung sich mit „ihrem“ Thema und möglichen weiteren Aktivitäten auseinanderzusetzen, soll bei den Arbeitsgruppen liegen. Die Arbeitsgruppen werden kurz-, mittel- und langfristige Ziele definieren und Maßnahmen zur Umsetzung erarbeiten.

Das Schema nach Stallmann auf der folgenden Seite bietet zusammenfassend einen Überblick der aktivierenden Befragung und deren mögliche Auswirkungen und Ergebnisse.

Bisher bin ich davon ausgegangen, dass sich nach Vor- und Hauptuntersuchung und der Ergebnispräsentation in einer Bürgerversammlung eine oder mehrere Arbeitsgruppen gebildet haben, die spezielle Themen bearbeiten wollten. Nach der Aktionsuntersuchung könnten aber auch weitere Aktionen folgen (Hinte, et al. 1989: 65f.):

- Von professionellen Organisationen werden Angebote erstellt, die in der derzeitigen Situation nicht von Bürgern erbracht werden könnten. Eine Beteiligung oder Übernahme durch Bürger zu einem späteren Zeitpunkt ist möglich.

- Zielgruppen- oder problemspezifische Aktivierung erfolgt in einem nächsten Schritt, wenn entweder Betroffene gleichen Alters, gleiches Geschlechts etc. oder Betroffene mit einem gruppenübergreifenden Problem geortet werden können.
- Neu entstehende Entrüstungspunkte können durch Aktivierung über Einzelansprachen herausgefunden werden. Bei der Hauptuntersuchung befragte Menschen, die ihre Mitarbeit angeboten hatten, werden noch einmal angesprochen.

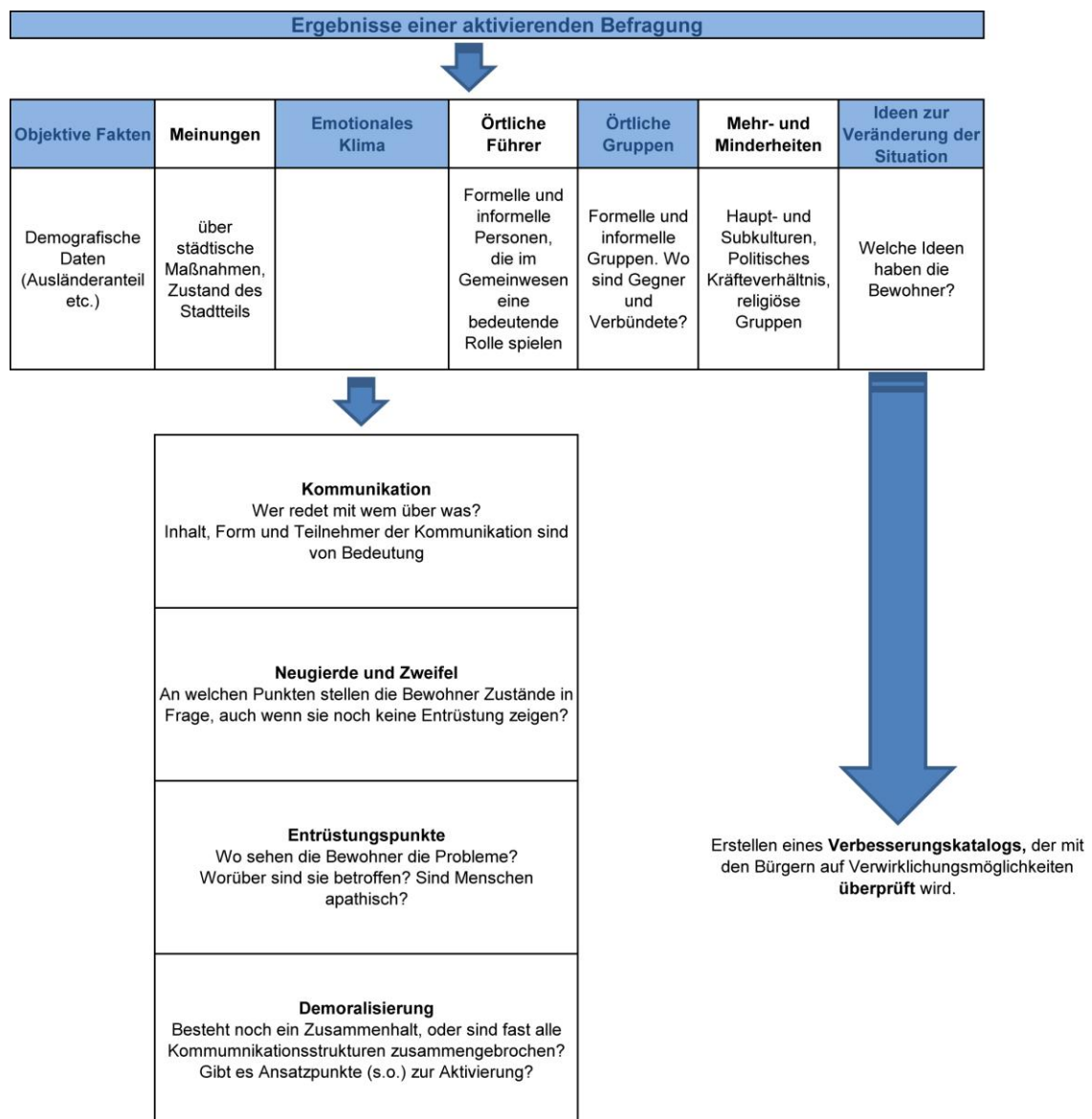


Abbildung 6: Übersicht Aktivierende Befragung und deren mögliche Ergebnisse (Stallmann 2001: 16)

Bevor ich den nächsten Schritt des Aktionsplans erläutern werde, möchte ich darauf hinweisen, dass unter Umständen bei der Präsentation der Untersuchungsergebnisse (beispielsweise in oben erwähnter Versammlung) nur Minimalziele erreicht werden könnten. Das bedeutet, dass sich nicht gleich Betroffene finden, die ihre Bereitschaft erklären sofort in einer Projekt- oder Arbeitsgruppe weiter zu arbeiten. Vielleicht äußern sie lediglich ihre Bereitschaft in Kontakt mit der Trägergruppe bleiben zu wollen. Vielleicht reicht es lediglich auch vielen Versammlungsteilnehmern mit Informationen versorgt worden zu sein. Vielleicht ist es aber auch nur die derzeitige Bereitschaft mittels einer Unterschrift einmalig den Protest bei der zuständigen Stelle kundzutun, die mit der Versammlung bei den Teilnehmern erreicht worden ist. Hinte und Karas sprechen von Minimalzielen, die nach Vor-, Hauptuntersuchung und deren Ergebnispräsentation erreicht werden können (Hinte, et al. 1989: 63).

#### **4.3 Aufbau von innovativen Modellprojekten**

Zur Umsetzung der Ziele der einzelnen Arbeitsgruppen werden im nächsten Schritt Modellprojekte entwickelt und durchgeführt. Begleitet von Mitgliedern der Trägergruppe werden

- Konzepte der Modellprojekte entwickelt und damit verbunden
- Rahmenbedingungen zur Durchführung geschaffen
- Kooperationspartner (Organisationen, Unternehmen oder Bürger) gesucht (sofern notwendig)
- die Modellprojekte von den Betroffenen umgesetzt und letztendlich evaluiert.

Ich möchte an dieser Stelle wieder ein Beispiel aus meiner Praxis anführen:

*Bei dem in Kapitel 4.3 angeführten Beispiel des „Leiblachtalcafés“ (mit der Methode „Worldcafé“ durchgeführt) wurden von ca. 10 Teilnehmern die teilweise desolaten Sitzbänke auf den Leiblachtaler Wanderwegen und die schlechten Verhältnisse der Wege selbst kritisiert. Eine kleine Gruppe von Betroffenen erklärte sich bereit zur Beseitigung der Miss-*

*stände selbst initiativ zu werden. Sie bekräftigten dies indem sie sich bereit erklärten*

- eine Begehung der Wanderwege zu organisieren um den Ist-Zustand zu überprüfen (dies erfolgte schließlich gemeinsam mit der Vizebürgermeisterin der Gemeinde Hörbranz)*
- eine Verbesserung der Wanderwege und der Sitzbänke zu organisieren.*

*Nach der Begehung wurden seitens der Gemeinde Hörbranz desolate Bänke restauriert. Dies erfolgte ohne Teilnahme der Bürger. Teile der Arbeitsgruppe organisierten sich aber mit den Naturfreunden Leiblachtal (ein Verein, der sich in der Region aktiv für Natur- und Umweltschutz engagiert) und verbesserten gemeinsam Teile der Wanderwege (= Vernetzung regionaler Potentiale und Träger). Innerhalb von wenigen Wochen war das Modellprojekt abgeschlossen und alle Beteiligten bestätigten den Erfolg des durch die Initiativgruppe durchgeführten Modellprojekts.*

Das bedeutet, dass in diesem Fall die Arbeitsgruppe nur bedingt selbstständig die Verbesserung der Umstände herbeiführen hätte können. Fehlende finanzielle und personelle Mittel, aber auch rechtlich-formale Kriterien hätten die komplett selbstständige Durchführung der Arbeit nicht erlaubt.

Nach Absprachen mit politischen Verantwortlichen und einer temporären Zusammenarbeit mit einem örtlichen Verein (verfügt über Wissen und weitere Ressourcen), der ähnliche Ziele verfolgt, konnten gemeinsam die formulierten Interessen umgesetzt werden.

Gerade im ländlichen Bereich, wie in Regionen des Leiblachtals, wo sich viele Menschen in unterschiedlichsten Vereinen organisieren, dürfte viel Potential zur Nutzung von Synergien liegen.

Die Modellprojekte müssen daher

- klare Ziele verfolgen
- in einem klar definierten Zeitraum durchgeführt werden
- realisierbar sein
- von mindestens einem Mitglied der Trägergruppe begleitet werden
- von der Arbeitsgruppe (und bzw. mit Unterstützung möglicher Kooperationspartnern) selbst durchgeführt
- und letztendlich evaluiert werden

Spür- und sichtbare Ergebnisse eines Entwicklungsprozesses sind nicht nur für die Geldgeber sondern vornehmlich für die Betroffenen wichtig. „Die konkrete Realisierung zählt zu den Erfolgsindikatoren für längerfristig angelegte Prozesse“ (Hofinger 2007: 49). Oftmals bewirkt eine kleine Veränderung (z. B. durch eine Dorffest, ein kleiner Flohmarkt o.ä.) mehr als große Veranstaltungen. Der Gemeinwesenarbeiter in seiner Rolle des Prozessbegleiters hat bei der Durchführung der Modellprojekte darauf zu achten, dass der Prozess in „seinen linearen und kausalen sowie zirkulären Phasen in Schwung bleibt“ (ebd. 49).

Zeitlich unangepasste Projektlaufzeiten und mangelnde finanzielle Ausstattung der Projekte dürften – sollten sie eintreten - die größten Probleme des Gesamtprozesses mit sich bringen. Beide Faktoren führen dazu, dass Aktivierungsprozesse nicht kontinuierlich etabliert werden können. Es ist also im Prozess darauf zu achten, dass es nicht zu Unterbrechungen des Gesamtprozesses bzw. der Aktivierung kommen kann. Hoffnungen bzw. Erwartungen, die letztendlich nicht erfüllt werden könnten, würden bei den Betroffenen geweckt werden. Ein Umstand, der eventuelle Neustarts des Projekts zu einem späteren Zeitpunkt äußerst schwierig gestalten würde. Weiters können sich fehlende fachliche Kompetenzen der professionellen Mitarbeiter sowie eine sehr beschränkte und den Situationen bzw. Betroffenen nicht angepasste methodische Vielfalt ebenfalls prozesshemmend bzw. –stoppend auswirken. Weitere Umstände, die während des Gesamtprozesses entstehen und diesen negativ beeinflussen können:

- Arbeit findet nicht in einem interdisziplinären Team statt

- komplexe Zusammenhänge des Gemeinwesens bzw. des Gesamtprozesses werden nicht erkannt bzw. nicht übersetzt
- Bewohner werden nicht als Experten ihrer Situation gesehen und respektiert
- Umgang findet nicht mit unterschiedlichen Zielgruppen statt

Letztendlich läuft GWA in Gefahr Probleme auf sozialräumlicher Ebene „lösen zu sollen“, die jedoch auf höheren Ebenen verursacht werden (z.B.: Krise der Vollerwerbsgesellschaft). Daher sollten starke vertikale Verknüpfungen zwischen sozialräumlichen GWA-Ansätzen und Maßnahmen auf höher gelagerten Ebenen (z.B. kommunalen Programmen) etabliert werden.

Besonderes Augenmerk sollte während des gesamten Prozesses auf die besonderen Merkmale der ländlichen Region gelegt werden. Wie in Kapitel 3.1 beschrieben, wurden beispielsweise die Nähe kommunaler Entscheidungsträger, das Bestehen einer kleinräumig strukturierten, aber wenig differenzierten Zivilgesellschaft oder eine intensivere soziale Kontrolle im ländlichen Bereich festgestellt. Gerade die soziale Kontrolle spielt (und das kann ich aus meiner bisherigen Praxis bestätigen) eine wesentliche Rolle im Mit- oder Nichtstun von Betroffenen. Weiters ist auch bei der Kooperation mit Vereinen im Leiblachtal spürbar, dass auf Grund politischer Motivationen und parteipolitischer Strategien gelegentlich Entscheidungen gezielt verhindert oder gefördert werden. Viele einflussreiche Führer von Vereinen besetzen gleichzeitig Posten in Gemeindevertretungen oder kommunaler Unterausschüssen (teilweise sogar mehrfach). Auf diese Umstände kann vor allem im Prozess der aktivierenden Befragung (s. Abb. 6) Rücksicht genommen werden.

Nach Beendigung der Modellprojekte werden diese evaluiert (dies wird durch Befragung aller Betroffenen durchgeführt) und der Gesamtprozess auf die ursprünglich von der Trägergruppe formulierten Ziele hin überprüft.

Wichtig in diesem Zusammenhang scheint mir das Thema Öffentlichkeitsarbeit. Mittels Berichten in lokalen Medien (jede Gemeinde hat mindestens ein ge-

meindeblatt oder Kirchenblatt), Tageszeitungen oder Berichten im Internet können die Ergebnisse der Modellprojekte bzw. des gesamten Prozesses auch Nichtbeteiligten und Nichtbetroffenen zugänglich gemacht werden. Der Prozess oder dessen Teilprojekte können somit Vorbildfunktion für andere Bereiche der Region oder andere Gemeinden haben. Wichtigste Vermittler der Ergebnisse jedoch sind meines Erachtens die Betroffenen selbst. Sie können in der Nachbarschaft, der Familie, im örtlichen Verein über ihr Engagement, ihre Erfolge und Misserfolge berichten und informieren.

#### ***4.4 Verbreiterung der Aktivierungsplattformen zu regionalen/kommunalen Entwicklungsplattformen und -programmen***

Nach dem definierten und eingehaltenen Projektzeitraum (im vorliegenden Beispiel wurde von einer 3-jährigen Projektlaufzeit ausgegangen), besteht die Möglichkeit, dass auf Grund der Eigeninitiative einiger Betroffener Teile des Projekts in Form von ständigen Angeboten weiter geführt werden sollen. Konkret heißt das, dass nach Abschluss des eigentlichen Prozesses nun noch gemeinsam mit den Betroffenen Möglichkeiten geschaffen werden müssen, damit diese ihre Anliegen in Form von beispielsweise eines kommunalen Entwicklungsprogrammes weiter verfolgen und bearbeiten können.

Hat beispielsweise eine Arbeitsgruppe das Thema „Instandhaltung und Säuberung von Wanderwegen“ bearbeitet und ein vorerst befriedigendes Ergebnis erzielt, kann es nun das Anliegen einiger Betroffener sein, sich auch in Zukunft (in welcher Form auch immer) für das Thema zu engagieren. Ergebnis kann also sein, dass sich eine fixe Gruppe von Menschen organisiert und nach Beendigung des eigentlichen Prozesses einmal monatlich die Wanderwege begeht und gegebenenfalls selbst oder mit Unterstützung von Dritten diese instandhält. Aufgabe des Prozessbegleiters und der Trägergruppe kann es letztendlich sein, gemeinsam mit den Betroffenen dafür notwendige Rahmenbedingungen zu schaffen (beispielsweise ein Kooperationsvertrag mit der Gemeinde, der zusagt, dass die Gemeinde die Beseitigung von Schäden an Schildern oder Sitzbänken an Wanderwegen unter bestimmten, von der Betroffenenengruppe zugesicherten Voraussetzungen, übernimmt). Wie auch bei den Modellprojekten er-

fordert und fördert Gemeinwesenarbeit das Schaffen von Arrangements. Also das Finden und Ausgestalten von Lösungen und Möglichkeiten, die für möglichst viele Betroffene befriedigend sind und an die sich alle Beteiligten letztendlich halten müssen.

Regionale/kommunale Folge- oder Entwicklungsprogramme können u.U. ein Indiz dafür sein, dass ein wichtiges Qualitätsmerkmal von Gemeinwesenarbeit im Laufe des Prozesses erfüllt worden ist:

„Nachhaltig sind Lösungen dann, wenn sie Klienten dadurch stark machen, dass das Material, aus dem die Lösung gemacht wird, in deren eigenem Zugriffsbereich liegt und verbleibt.“ (Budde, et al. 2004: 14)

## 5. Resümee

Meiner Einschätzung nach unterscheidet sich ländliche GWA nur wenig von der im städtischen Gebiet. Unter Berücksichtigung von gesellschaftlichen, historischen und sozialräumlichen Strukturen können gleichartige Phasen, wie bei der stadtteilbezogenen- oder Quartierarbeit angewendet werden.

GWA selbst ist als ein methodisch geplanter Prozess zu verstehen. Der Prozess beinhaltet gleichartige Abfolgen sich abgrenzender Phasen und professionelle Interventionsschritte. Vorangehend an jeden Prozess sind eine Klärung von Auftrag, Rahmenbedingungen und die damit verbundenen Hauptziele unerlässlich. Bei Konzeption und Durchführung des GWA-Prozesses werden Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen und deren Lebenswelt in den Mittelpunkt aller Tätigkeiten gestellt. Zielgruppen- und trägerübergreifende Arbeit sind wesentliche Elemente des Gesamtprozesses. Das Arbeitsprinzip berücksichtigt ebenfalls politisch-historische Möglichkeiten und bietet Einblick in die strukturellen Bedingungen von Konflikten.

Ich bin überzeugt, dass das Arbeitsprinzip in die Arbeit des Vereins Sozialsprengel Leiblachtal einfließen wird. In welchem Zeitrahmen dies geschehen wird, hängt von vielen, teilweise schwer beeinflussbaren Faktoren ab. GWA als Chance für das Leiblachtal - die terra incognita. Ich erlebte in der Vergangenheit oft (großen) Enthusiasmus auf Seiten der Politik, Verwaltungsebene, Multiplikatoren und Mitarbeiter, wenn es es darum ging, mittels Bürgerbeteiligung soziale Probleme zu erurieren und diese in weiterer Folge zu beseitigen. Doch der Umgang mit dem ausgesprochenen Willen der Bürger, etwas zu verändern und zu verbessern, erzeugte dennoch bei vielen Beteiligten und Geldgebern schlussendlich Unwohlsein und vielleicht sogar etwas Angst. Zu groß wurden die Bedenken „wohin denn dann das alles führen könnte“ und vor allem „was das in Folge denn auch kosten würde“! Transparente Strukturen, klare Kommunikation, die Offenheit und die Motivation der Betroffenen etc. können zwar viele prozessbezogene Hindernisse im Vorhinein verhindern – schließlich wird es aber auch Aufgabe sein, allen Beteiligten, die Möglichkeit zu geben, Willen und Bedürfnisse adäquat äussern

zu können und schlussendlich Entscheidungen transparent zu gestalten. Der Plan wird aber einem zukünftigen GWA-Prozess ein Gerüst und Anhaltspunkte bieten.

Aus meiner persönlichen Erfahrung und durch Gespräche mit in der Praxis tätigen Gemeinwesenarbeitern werde ich in der Durchführung zukünftiger GWA-Prozesse unter anderem folgendes vermeiden:

- Menschen einladen und ihnen Raum bieten ihre Interessen zu artikulieren, sie aktivieren und somit Hoffnung erzeugen und Aussicht auf Veränderung ihrer Lebensumstände bieten und letztendlich den Prozess (frühzeitig) abrechnen. Enttäuschte und frustrierte Betroffene werden für einen weiteren Prozess oder Einzelprojekte nur schwer oder gar nicht motivierbar sein.
- Einen Prozess zu initiieren, bei dem schon im Vorfeld für politische Vertreter und Gemeinwesenarbeiter feststeht, was als Ergebnis herauskommen soll (und was nicht).
- GWA, und das ist vor allem in der Startphase eines Prozesses in den Verhandlungen mit politischen Verantwortlichen und den Betroffenen sehr wichtig, ist ergebnisoffen. Das heißt, dass niemand zu Beginn des Prozesses weiß, ob und natürlich was für ein Ergebnis erzielt werden wird. Eine Herausforderung, der ich mich in meiner beruflichen und vielleicht privaten Zukunft gerne stellen werde...

sofern dies **gewollt** wird.

## 6. Literaturverzeichnis

### Literaturverzeichnis

**Baden-Württemberg, Wirtschaftsministerium. 2006.** Definition Ländlicher Raum. [Online] Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg (MLR), 7. 10 2006. [Zitat vom: 05. 01 2010.] [http://www.landwirtschaft-mlr.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1158374\\_l1/index.html](http://www.landwirtschaft-mlr.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1158374_l1/index.html).

**Baqe. 2009.** Vorarlberg-Bevölkerung. [Online] 01. 12 2009. [Zitat vom: 27. 02 2010.] <http://activepaper.tele.net/vntipps/Vorarlberg-Bevoelkerung.pdf>.

**Brandstetter, Manuela. 2009.** "Die KlientInnen aus dem Blick?" - Raumforschung und sozialraumbezogene Soziale Arbeit. [Vortrag im Rahmen der DGSA-Fachtagung "Zwanzig Jahre Profilierung der Wissenschaft Sozialer Arbeit. Ein Blick zurück - ein Blick nach vorn."]. München : s.n., 28. 11 2009.

**Budde, Wolfgang, Früchtel, Frank und Loferer, Andrea. 2004.** Ressourcencheck. Ein strukturiertes Gespräch über Stärken und was daraus zu machen ist. *Sozialmagazin*. 2004, Bd. 6, 29.

**Cassanova, Claudia und Reber, Franz. 2001.** *Gemeinwesenarbeit - Soziale Arbeit mit grösseren Systemen - ein Einblick*. Bern : Edition Soziothek , 2001. 978-3-905596-48-9.

**Deinet, Ulrich. 2002.** Aneignung und Lebenswelt. Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. [Buchverf.] Richard Merten. *Sozialraumorientierung. Zwischen fachlicher Innovation und rechtlicher Machbarkeit*. Weinheim und München : s.n., 2002.

**Eymann-Ruch, Eva, Guntern, Roland und Hotz, Ruedi. 2009.** *Qualitätsleitfaden zur Gemeinwesenarbeit von Pro Senectute*. Zürich : Pro Senectute, 2009.

**Friedrich, Daniela. 2006.** *Empowerment in der Gemeinwesenarbeit.* s.l. : Grin-Verlag, 2006.

**Galuske, Michael. 2007.** *Methoden der Sozialen Arbeit: eine Einführung.* . Weinheim und München : Juventa, 2007.

**Gerhardinger, Günther.** Gerhardinger Online. [Online] [Zitat vom: 06. 02 2010.] [http://www.gerhardinger-online.de/GWA-Skript2\\_DefGWA.doc](http://www.gerhardinger-online.de/GWA-Skript2_DefGWA.doc).

**Geser, Martin und Hämmerle, Peter. 2009.** Das Gegenteil der Vielfalt ist die Einfalt. [Buchverf.] Ralf Eric Kluschatzka und Sigrid Wieland. *Sozialraumorientierung im ländlichen Kontext.* Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.

**Gmeiner, Robert. 2000.** *Bericht über die soziale Lage Vorarlbergs.* Abteilung IVa – Gesellschaft und Soziales, Amt der Vorarlberger Landesregierung. Bregenz : Eigenverlag des Amtes der Vorarlberger Landesregierung, 2000.

**Hebenstreit, Martin. 2006.** Ein Weg zu mehr Lebensqualität. *VORUM - Forum für Raumplanung und Regionalentwicklung in Vorarlberg.* 2006, 04/2006.

**Herwig, Eckehard und Wegener, Margit. 1972.** Arbeitsfelder und Arbeitsphasen in der sozialen Gemeinwesenarbeit. [Buchverf.] Annedore Schultze. *Soziale Gemeinwesenarbeit, Arbeitshilfen für die Praxis.* Freiburg im Breisgau : s.n., 1972.

**Hinte, Wolfgang. 2009.** Arrangements gestalten statt erziehen. Methoden und Arbeitsfelder der Sozialraumorientierung. [Buchverf.] Ralf Eric Kluschatzka und Sigrid Wieland. *Sozialraumorientierung im ländlichen Kontext.* Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.

**Hinte, Wolfgang und Karas, Fritz. 1989.** *Studienhandbuch Gruppen- und Gemeinwesenarbeit. Eine Einführung für Ausbildung und Praxis.* Neuwied und Frankfurt/M : Luchterhand Verlag, 1989.

**Hofinger, Karl. 2007.** Prozesse begleiten und beraten. [Buchverf.] Forum Gemeinwesenarbeit Oberösterreich. *Sozialraum gestalten*. Linz : edition pro mente, 2007.

**Karas, Fritz und Hinte, Wolfgang. 1978.** *Grundprogramm Gemeinwesenarbeit*. Wuppertal : Jugenddienst, 1978.

**Landesregierung, Amt der Vorarlberger. 2010.** Presseserver des Amts der Vorarlberger Landesregierung. [Online] Iliw, 01. 02 2010. [Zitat vom: 03. 03 2010.]  
<http://presse.vorarlberg.at/land/servlet/AttachmentServlet?action=show&id=12048>.

**Lehner, Raimund. 2004.** Mundi. [Online] dbd - Bookmaker Software Development, 2004. [Zitat vom: 18. 05 2009.]  
[http://www.mundi.at/frameset.asp?SessionID={1564232E-0C50-4C46-94A4-B15CAB5E0433}&Verteiler=SW&Formnummer=.](http://www.mundi.at/frameset.asp?SessionID={1564232E-0C50-4C46-94A4-B15CAB5E0433}&Verteiler=SW&Formnummer=)

**Lewin, Kurt. 1968.** *Die Lösung sozialer Konflikte*. Bad Nauheim : Christian Verlag, 1968.

**Luef, Cornelia. 2006.** Ländliche Gemeinwesenarbeit in Österreich - Welche Ziele verfolgt die Gemeinwesenarbeit im ländlichen Raum? [Hauptseminararbeit]. s.l. : Grin-Verlag, 2006. 978-3-638-54954-7.

**Lüttringhaus, Maria. 2007.** Strategiediskussionen in der Sozialen Arbeit und das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit. [Buchverf.] Wolfgang Hinte, Maria Lüttringhaus und Dieter Oelschlägel. *Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven*. Weinheim und München : Juventa Verlag, 2007.

**Mathis Thomas. 2010.** Statistik - Landesstatistik. [Online] 28. 01 2010. [Zitat vom: 03. 03 2010.] <http://www.vorarlberg.at/xls/tabellenteildezember2009.xls>.

**Mohrlock, Marion, Neubauer, Rainer und Schönfelder, Walter. 1993.** *Let's Organize. Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich.* Neu-Ulm : Ag Spak, 1993.

**Nottrot, Jan. 2004.** Interactions. [Online] Inter-Actions a.s.b.l., 9. November 2004. [Zitat vom: 11. Februar 2010.] <http://www.inter-actions.lu/gemeinwesen.html>.

**Oelschlägel, Dieter. 2007.** Aktuelle Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit mit besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. [Buchverf.] Wolfgang Hinte, Maria Lüttringhaus und Dieter Oelschlägel. *Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven.* Weinheim und München : Juventa Verlag, 2007.

**ÖGUT. 2009.** Partizipation & Nachhaltige Entwicklung in Europa. [Online] Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, 2009. [Zitat vom: 16. 01 2010.] <http://www.partizipation.at>.

**Pantucek, Peter. 2009.** Das Dorf, der soziale Raum und das Lebensfeld. [Buchverf.] Ralf Eric Kluschatzka und Sigrid Wieland. *Sozialraumorientierung im ländlichen Kontext.* Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.

**Plani. 2010.** Rheintal/Walgau Autobahn. [Online] 28. 02 2010. [Zitat vom: 12. 02 2010.] [http://de.wikipedia.org/wiki/Rheintal/Walgau\\_Autobahn](http://de.wikipedia.org/wiki/Rheintal/Walgau_Autobahn).

**Raumordnungskonferenz, Österreichischen. 2002.** *Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001.* Wien : Geschäftsstelle der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK), 2002.

**Rohrmoser, Anton. 2004.** *Gemeinwesenarbeit im ländlichen Raum - Zeitgeschichtliche und aktuelle Modelle aus den Bereichen Bildung, Kultur, Sozialarbeit und Regionalentwicklung.* Innsbruck : Studienverlag, 2004.

**Schley, Eric. 2007.** *Geschichte der professionellen Gemeinwesenarbeit.* Dresden : Grin Verlag, 2007.

**Schnee, Renate. 2006.** Stadtteilarbeit.de. [Online] 02. 04 2006. [Zitat vom: 13. 05 2009.] [www.stadtteilarbeit.de](http://www.stadtteilarbeit.de).

**Schnee, Renate und Stoik, Christoph. 1992.** *Gemeinwesenarbeit – Definitionen und Begriffe*. Wien : TeleSozial, 1992.

**Sessar, Klaus. 2007.** Die Angst vor dem Draußen. Über gemischte Gefühle angesichts einer unwirtlichen Welt. [Buchverf.] Klaus Sessar, Wolfgang Stangl und René (Hg) Swaaningen. *Großstadtängste – Anxious Cities. Untersuchungen zu Unsicherheitsgefühlen und Sicherheitspolitiken in europäischen Kommunen*. Wien und Berlin : LIT, 2007.

**Sigmarszell, Gemeinde. 2007.** Leiblachtal Erlebnistal. [Online] Bodensee-Leiblachtal.eu, 03. 05 2007. [Zitat vom: 10. 11 2009.] <http://213.235.247.75/leiblachtal/gemeinden/gemeinden.html>.

**Sing, Eva. 2009.** *Gemeinwesenarbeit in Österreich*. [Hrsg.] Arno Heimgartner. Graz : Leykam Buchverlag, 2009.

**Sozialsprengel Leiblachtal. 1995.** *Entwicklungsplanung für den Sozialsprengel Leiblachtal*. Lochau : s.n., 1995.

**Stallmann, Ludger. 2001.** *Darstellung von Gemeinwesenarbeit und Praxisbeispiel*. Frankfurt am Main : Eigenverlag, 2001.

**Steiner, Pascale. 2001.** *Bourdieu lesen und verstehen*. [electronic edition] Bern : Institut für Ethnologie, Universität Bern, 2001.

**Stumberger, Sarah. 2009.** Sozialstrukturen im ländlichen Raum. Freiburg : s.n., 2009.

**Weber, Bernhard. 2003.** Büro für Gemeinwesenarbeit Bernhard Weber. [Online] Rieck Detlef, 27. 11 2003. [Zitat vom: 05. 02 2008.] <http://www.gwa-buero.de/start.htm?/philo.htm>.

**2009.** Wikipedia. [Online] 2009. [Zitat vom: 10. 11 2009.] [http://de.wikipedia.org/wiki/Geographischer\\_Raum](http://de.wikipedia.org/wiki/Geographischer_Raum).

**2009.** Wikipedia. [Online] 27. Oktober 2009. [Zitat vom: 11. Februar 2010.]  
<http://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinwesen>.

## **7. Abkürzungsverzeichnis**

|      |                                                     |
|------|-----------------------------------------------------|
| AKS  | Arbeitskreis für Vorsorge- und Sozialmedizin        |
| GWA  | Gemeinwesenarbeit                                   |
| IFS  | Institut für Sozialdienste                          |
| NPO  | Non-Profit-Organisation                             |
| ÖGUT | Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik |
| SMO  | Sozialmedizinische Organisation                     |

## **8. Glossar**

### **Aktionsplan**

Ein Aktionsplan ist die Planung von Maßnahmen, die dazu dienen sollen zuvor entwickelte und formulierte Ziele umzusetzen.

### **Empowerment**

Mit Empowerment bezeichnet man Strategien und Maßnahmen, die geeignet sind, den Grad an Autonomie und Selbstbestimmung im Leben von Menschen oder Gemeinschaften zu erhöhen und die es ihnen ermöglichen, ihre Interessen (wieder) eigenmächtig, selbstverantwortlich und selbstbestimmt zu vertreten und zu gestalten. Empowerment bezeichnet dabei sowohl den Prozess der Selbstbemächtigung als auch die professionelle Unterstützung der Menschen, ihre Gestaltungsspielräume und Ressourcen wahrzunehmen und zu nutzen. Wörtlich aus dem Englischen übersetzt bedeutet Empowerment „Ermächtigung“ oder Bevollmächtigung. Der Begriff Empowerment wird auch für einen erreichten Zustand von Selbstverantwortung und Selbstbestimmung verwendet; in diesem Sinn wird im Deutschen Empowerment gelegentlich auch als Selbstkompetenz bezeichnet.

### **Monitoring**

Monitoring ist ein Überbegriff für alle Arten der unmittelbaren systematischen Erfassung, Beobachtung oder Überwachung eines Vorgangs oder Prozesses mittels technischer Hilfsmittel oder anderer Beobachtungssysteme.

Die Funktion des Monitorings besteht darin, bei einem beobachteten Ablauf bzw. Prozess steuernd einzugreifen, sofern dieser nicht den gewünschten Verlauf nimmt bzw. bestimmte Schwellwerte unter- bzw. überschritten sind. Monitoring ist deshalb ein Sondertyp des Protokollierens.

### **Non-Profit-Organisation (NPO)**

Als Non-Profit-Organisation (NPO) bezeichnet man jene Organisationen in freigemeinnütziger oder privat-gewerblicher Trägerschaft, welche ergänzend zu

Staat und Markt bestimmte Zwecke der Bedarfsdeckung, Förderung oder Interessenvertretung bzw. Beeinflussung (Sachzieldominanz) für ihre Mitglieder (Selbsthilfe) oder Dritte wahrnehmen. Sie verfolgen keine wirtschaftlichen Gewinnziele, sondern dienen gemeinnützigen sozialen, kulturellen oder wissenschaftlichen Zielen ihrer Mitglieder.

## **Partizipation**

Partizipation (v. lat.: particeps = an etwas teilnehmend; zugehöriges Verb: partizipieren) heißt übersetzt 'Beteiligung, Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung, Mitbestimmung, Einbeziehung' und meint (in der Soziologie) die Einbeziehung von Individuen und Organisationen (sogenannte Stakeholder) in Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen.

## **Parzelle**

Eine Parzelle ist Teil einer Katastralgemeinde; sie führt im Grundbuch eine eigenständige Grundstücksnummer. Eine Parzelle hat eine Nutzungsart wie beispielsweise als Baugrund, Wald, Wiese usw.

## **Schöpfwerk, Am**

Am Schöpfwerk ist der Name zweier städtischer Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien, die in den 1950er Jahren und 1976-80 errichtet wurden, zweite nach Plänen von Viktor Hufnagl. Die Anlage besteht aus 62 Stiegenhäusern mit 2.151 Wohnungen und wird von ungefähr 8.000 Menschen bewohnt (Lehner 2004).

## **Sozialraum**

Sozialer Raum ist [...] eine relationale Anordnung von Menschen und Menschengruppen im permanenten Verteilungskampf, das heißt auch in permanenter Bewegung. Ein sozialer Raum ist also ein Raum der Beziehungen. Er bezeichnet eine (An)Ordnung von Personengruppen auf der Basis gleicher bzw. unterschiedlicher Verfügungsmöglichkeiten über ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital, welche sich in einem ähnlichen oder verschiedenen Habitus

zeigt. Sozialer Raum ist somit ein System sozialer Positionen, welche in einem Zusammenhang zueinander stehen (Steiner 2001).

## 9. Abbildungsverzeichnis

|                                                                                                        |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Abbildung 1: Wirkungsweise von Gemeinwesenarbeit (Galuske 2007: 102) ..                                | 15 |
| Abbildung 2: Gestaltungsdreieck der Gemeinwesenentwicklung nach Bernhard Weber (Weber 2003).....       | 21 |
| Abbildung 3: Grafische 3D-Darstellung des Leiblachtals (Sigmarszell 2007)..                            | 30 |
| Abbildung 4: Hauptfunktionen des Sozialsprengel Leiblachtal .....                                      | 43 |
| Abbildung 5: Phasen des Aktionsplans .....                                                             | 47 |
| Abbildung 6: Übersicht Aktivierende Befragung und deren mögliche Ergebnisse (Stallmann 2001: 16) ..... | 54 |



## **9. Eidesstattliche Erklärung**

Ich, Thomas Klaus Winzek, geboren am 15.04.1977 in Heilbronn (D), erkläre,

dass ich diese Diplomarbeit selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,

dass ich meine Diplomarbeit bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe.

Bregenz, am 23.03.2010

Unterschrift